

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mt., bei Selbstabholung 5.50 Mt. Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— Mt., für einen Monat 5.— Mt., Beleggeld vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa. Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4596. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon 4598**

Inseratenpreise: Die 7spaltige Kolonelle oder deren Raum 1.00 Mt., bei Platzvorricht 2.30 Mt.; Familiennachrichten für die Zeile 1.70 Mt. **Reklame-Kolonelle 7.50 Mt. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721**
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Räumung des Maingaues.

Frankfurt wird geräumt.

Mainz, 16. Mai. (Agence Havas.) General Kolliet, der Chef der internationalen militärischen Kommission, hat offiziell bestätigt, daß die deutschen Streitkräfte in der neutralen Zone die vorgeschriebene Zahl nicht überschreiten. Infolgedessen hat Marschall Foch den Befehl gegeben, die neu besetzten Gebiete zu verlassen und die Befehle an die ehemalige Grenze des Brückenkopfes zurückzuführen. Die Rückbewegung wird am Montag erfolgen.

Frankfurt a. M., 16. Mai. Wie die französischen Behörden den hiesigen Amtsstellen heute früh mitgeteilt haben, wird die Räumung Frankfurts und des Maingaues Montag, den 17. Mai, früh 4 Uhr, beginnen. Um während der Räumung unliebsamen Vorfällen vorzubeugen, fordert die französische Behörde für Montag früh die Stellung von Geiseln, und zwar Regierungspräsident Cohnmann, Oberbürgermeister Voigt, Polizeipräsident Ehler, Stadtverordneten-vorsteher Hopf, Stadtrat Dr. Kumpf und Stadtverordneten Lion, außerdem eine Bürgerliste aus einer Million Wähler.

Brüssel, 17. Mai. Die belgischen Truppen in Frankfurt haben Befehl erhalten, sich aus ihren jetzigen Stellungen zurückzuziehen.

Frankfurt a. M., 17. Mai. Die Räumung von Frankfurt durch die Franzosen hat heute früh 4 Uhr begonnen. Bis 7 Uhr hatte ein großer Teil der Truppen die Stadt verlassen; die Zurückgebliebenen sind ebenfalls marschbereit. Zwischenfälle haben sich bisher nicht ereignet. Die Abzugstrassen sind auch die bisher von den Franzosen besetzten Lokale waren von der blauen Polizei besetzt, die in voller Stärke aufgeboten war.

90 Milliarden Goldmark als Entschädigung.

Paris, 15. Mai. Wie der New York Herald aus Sythie meldet, sollen von Deutschland 90 Milliarden Goldmark, zahlbar in 30 Jahresraten, als Entschädigung verlangt werden. Deutschland soll ermächtigt werden, die beiden ersten Zahlungen durch zwei von den Alliierten garantierte internationale Anleihen zu begleichen.

Der Sonderberichterstatter des Temps in Sythie meldet, das von Frankreich verlangte Vorzugsrecht werde von der englischen Regierung wohl erst nach einem sehr starken Widerstand erzielt werden können. Dieser Widerstand stütze sich auf das Verlangen der englischen Dominions, die wünschen, daß Deutschland sie für die Pensionen der Kriegsoberer entschädige.

Sythie, 16. Mai. (W. T. B.) In der von den englischen und den französischen Ministern am Schluß der Konferenz abgegebenen Erklärung erkennen die englische und die französische Regierung an, daß die Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Schäden unerschütterlich feststeht und die zu diesem Zweck nötigen Mittel so schnell wie möglich flüssig gemacht werden müssen. Deutschland müsse in den Stand gesetzt werden, durch rasche Erfüllung seiner Verpflichtungen seine finanzielle Autonomie wieder zu erlangen. Die Regierungen hätten es für notwendig, zu einer Regelung der Gesamtheit der Kriegskosten zu kommen. Die Sachverständigen der beiden Länder werden beauftragt, sofort den Mindestbetrag der Schuld und die Zahlungsmodalitäten zu bestimmen.

Verchiebung der Konferenz in Spa.

Paris, 15. Mai. (W. T. B.) Nach einer Neulermeldung aus Sythie, haben Lloyd George und Mitterand beschlossen, den alliierten Regierungen vorzuschlagen, die Konferenz von Spa auf den 21. Juni zu verlagern. Es soll eine Erklärung an die deutsche Regierung gerichtet werden.

Paris, 16. Mai. Wie der Sonderberichterstatter des Matin mitteilt, soll Mitterand über Verlagerung der Konferenz von Spa nur unter der Bedingung zugestimmt haben, daß dadurch die sofortige Ausführung der Entwaffnungsklausel nicht aufgehalten werde. Man werde sich auch in Spa mit den Vertragsverletzungen beschäftigen. Auf Veranlassung von Mitterand sei diese Entscheidung nach Prüfung eines Berichtes von General Kolliet getroffen worden. Der Korrespondent glaubt hinzuzufügen zu können, daß die Deutschen in Spa nicht als Gleichberechtigte behandelt werden würden; sie würden vor den Alliierten erscheinen wie jemand, der fallt, vor seinem Konkursverwalter. Ihre Vorschläge würden nicht in ihrer Gegenwart erörtert werden, sie hätten nur Auskunft zu erteilen über ihre Zahlungsfähigkeit und über die Ausführungsmodalitäten. Die alliierten Sachverständigen allein hätten das Recht, die Entschädigungssumme, die Deutschland bezahlen müsse, festzusetzen.

Erklärung der ungarischen Sozialisten zum Friedensvertrag.

Budapest, 16. Mai. Der sozialdemokratische Parteivorstand erklärt, der Friedensvertrag der Alliierten Entente sei ein schroffes einseitiges Instrument. Von dem großen Gedanken des Friedenswerkes, daß der Krieg für immer aus der Welt geschafft werden solle, sei nichts verwirklicht worden. Auch der Völkerverbund sichere den Weltfrieden nicht. Der ungarische Friedensvertrag sei eine geschichtliche Ungerechtheit. Die Partei halte an den Beschlüssen des Berner sozialistischen Kongresses vom Februar 1919 fest, nach welchen ein dauernder Friede als Grundlage des Ge-

weihens der Völker nur gesichert werden könne, wenn Völker und Nationen frei ihr Schicksal bestimmten und über ihre Zugehörigkeit selbst entscheiden.

Der amerikanische Senat für die Beendigung des Kriegszustandes.

Washington, 15. Mai. (Reuter.) Der Senat hat die Resolution betreffend die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland und Oesterreich mit 48 gegen 38 Stimmen angenommen. Er hat an die Stelle der kürzlich vom Repräsentantenhaus angenommen Resolution die des Senators Knog gesetzt.

Ein neues russisches Friedensangebot an Finnland.

Kopenhagen, 14. Mai. Berlingske Tidende meldet aus Helsinki: Hier verlautet, daß dieser Tage Nishitschew das Friedensangebot Sowjetrußlands an Finnland erneuert habe.

Kopenhagen, 15. Mai. Nach einem Telegramm der Berlingske Tidende aus Helsinki hat die finnische Regierung auf das erneute Angebot der russischen Sowjetregierung geantwortet, daß sie beständig grundsätzlich zu direkten Friedensverhandlungen bereit sei, daß sie sich aber vorbehalten müsse, für diese Verhandlungen selbst Zeit und Ort zu bestimmen.

Ein neuer Krieg in Südosten?

Amsterdam, 15. Mai. Einer Konstantinopeler Meldung zufolge hat Herbedschian Armenien den Krieg erklärt.

Amsterdam, 14. Mai. Laut Daily Telegraph sind alle Verbindungen zwischen Batu, Erivan und Tiflis unterbrochen.

Wahlen zur Danziger Konstituante.

Danzig, 17. Mai. Bei den gestern vorgenommenen Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung der künftigen freien Stadt Danzig erhielten die Deutschnationale Volkspartei 34, die Sozialdemokratische Partei 19, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei 21, die Freie Wirtschaftliche Vereinigung 12, das Zentrum 17, die Deutschdemokratische Partei 10, die Polnische Partei 7 Sitze. Es fehlen zwar noch einige ländliche Bezirke, doch dürften diese an dem Ergebnis kaum etwas ändern.

Ein Vorspiel zur Reichstagswahl.

Braunschweig, 17. Mai. (Zit.) Bei den gestrigen Landtagswahlen sind in der Stadt Braunschweig abgegeben worden für die Unabhängigen 28 000, für die vereinigten bürgerlichen Parteien 27 000, für die Mehrheitssozialisten 8200, für die Demokraten 6900 und für die Kommunisten 1700 Stimmen. Mit den aus den übrigen Teilen des Landes bis zum späten Abend vorliegenden Zahlen stellt sich das Wahlergebnis wie folgt: Unabhängige 47 300, vereingte bürgerliche Parteien 47 300, Mehrheitssozialisten 16 550, Demokraten 11 240 und Kommunisten 2040 Stimmen. Der Wahltag ist, soweit bekannt, ruhig verlaufen.

Braunschweig, 17. Mai. (Ein. Drahtmeldung der V. A.) Nach den bisher vorliegenden Meldungen, die keine wesentliche Änderung mehr erfahren dürften, wird sich folgende Mandatsverteilung im neuen Landtage ergeben:

Unabhängige Sozialdemokratie	23 Sitze (bisher 14)
Vereingte bürgerliche Parteien	28 " (" 18)
Mehrheitssozialisten	8 " (" 16)
Demokraten	6 " (" 13)

Eine Regierungsbildung aus Rechtssozialisten und Demokraten ist also nicht mehr möglich. Wenn sie nicht mit den Unabhängigen Sozialdemokraten zusammenschließen wollen werden sich die Rechtssozialisten mit den Deutschnationalen und Weissen zusammen tun müssen.

Abschließende Zahlen liegen noch nicht vor, das Endergebnis steht also noch aus. In der Stadt Braunschweig aber, wo das Resultat schon feststeht, ergibt ein Vergleich mit Zahlen der letzten Landtagswahlen vom 22. Dezember 1918:

Die Unabhängige Sozialdemokratie liegt von 23070 auf 28022, also um rund 5000 Stimmen. Die 6000 Stimmen gingen den Rechtssozialisten verloren, die 1918 13 165 Stimmen, diesmal nur 8186 Stimmen erhielten. Die Demokraten gingen von 18125 auf 6900 Stimmen zurück, und die rund 11000 Stimmen, die sie verloren, kamen den vereinigten bürgerlichen Parteien zugute, die von 14720 auf 27271 Stimmen stiegen. Die Kommunisten hatten sich 1918 nicht oder wenigstens nicht offiziell als Partei an den Wahlen beteiligt.

Die Wahlen zeigen also eine starke Verschiebung im sozialistischen Lager zugunsten der Unabhängigen Sozialdemokratie, die ihrerseits einer Katastrophe der Rechtssozialisten gleichkommt. Zugleich aber eine Verschiebung im Bürgertum auf die Seite der gegenrevolutionären Parteien — die Demokraten sind noch mehr geschwächt als die Rechtssozialisten. Die Regierungsparteien bezahlen die Kosten der Wahlen, die Möglichkeit, mit der bisherigen Koalition weiter zu regieren, scheint direkt in Frage gestellt. Allerdings ist Braunschweig nicht Deutschland. Aber jedenfalls ist diese erste Wahl nach dem Kampfsatze sehr dazu angetan, die Unabhängigen Sozialdemokraten zu den äußersten Anhängern bei den Reichstagswahlen anzuposten, damit der Sturz der Gegenrevolution durch das Bürgertum ein kräftiges Gegengewicht gegeben wird.

Die italienische Kabinetskrise.

W. O. In Italien ist in der vergangenen Woche das liberal-demokratische Kabinett Rittis über einen Fehltritt in den innerpolitischen Konflikten im Parlament und im Volke selbst entstehen und bestehen, sondern daß auch hinter den Kulissen sich wichtige politische Ereignisse abgespielt haben, die bis in ihre letzten Zusammenhänge heute noch nicht erkennbar sind. Das Kabinett Rittis ist vom Tage seiner Bildung an keine starke, sich auf eine große Parlamentsmehrheit stützende Regierung gewesen. Die bürgerlich-liberal-demokratischen Gruppen, auf die Rittis unbedingt rechnen konnte, waren nicht stark genug, um im Parlament eine Mehrheit zu bilden, und so mußte die Regierung dauernd lavieren, um sich Zufallsmehrheiten für die Durchführung ihrer Pläne und Aufgaben zu schaffen. Nach den Wahlen, die eine geradezu erschütternde Niederlage der italienischen Nationalisten, der Kriegsfreunde, brachten, versuchte Rittis eine der großen siegreichen Parteien zur Beteiligung an der Regierung zu bewegen. Da die siegreiche radikal-sozialistische Partei für ihn nicht in Frage kam, so wandte er sich an die katholische Volkspartei. Diese hatte, die Situation erkennend, und dem Geist der Zeit Rechnung tragend, das Schwergewicht ihres politischen Programms auf soziale Forderungen gelegt und sich im Wahlkampf teilweise gemäßigt sozialistisch gebildet. Deshalb sah Rittis, der durch soziale Zustände die drohende Gefahr einer revolutionären Auseinandersetzung zwischen Proletariat und Bourgeoisie zu verhindern strebte, die katholische Volkspartei als die geeignetste für die Ergänzung seines Kabinetts. Aber alle seine Bemühungen schlugen fehl. Die liberal-demokratischen Parteien, auf die er sich stützte, sind in Italien von jeher geschworene Gegner des Katholizismus und somit auch der katholischen Volkspartei. Es gelang deshalb Rittis nicht, die Wünsche der katholischen Volkspartei in futuristischer Hinsicht zu befriedigen. Er hätte dann seine liberal-demokratische Gefolgschaft aufgeben müssen. Bis in die letzten Tage hinein hat Rittis versucht, sich mit den Führern der katholischen Volkspartei über eine gemeinsame Arbeit zu einigen, jedoch vergeblich.

Was so der parlamentarische Boden, auf dem das Kabinett stand, schon unsicher und schwankend, so garte es seit Monaten im Volke in einer Weise, die die revolutionäre Spannung der politischen Probleme unverkennbar machte. Der Krieg hat auch in Italien die Gegensätze zwischen den gegenstehenden kapitalistischen Klassen und dem notleidenden Proletariat aufs höchste verschärft. Die Tatsache, daß auf der einen Seite diejenigen die Nutznießer des Krieges waren, die zu den Opfern und Lagen nichts beigetragen hatten, während diejenigen, die die Träger des Angriffs und der Verteidigung gewesen waren, die Gut und Blut hatten opfern müssen, nunmehr die bitterste Not leiden; diese Tatsache hat in Italien wie überall zu einer Verschärfung der Klassengegensätze führen müssen, die nur durch revolutionäre Erscheinungen, wie sie die deutschen politischen Streiks der letzten Monate gezeigt haben, ihre Lösung finden können.

Die parlamentarischen Zufälligkeiten sind gewiß im politischen Leben nicht ohne Bedeutung, sie wären aber keinesfalls für das Schicksal des Kabinetts Rittis ausschlaggebend gewesen, wenn nicht eben die revolutionäre Spannung eine Stabilität und Sicherheit der italienischen Regierung bis zur Lösung der Spannungen unmöglich machte. Rittis ist der typische Vertreter einer nach innen und außen gemäßigten Versöhnungspolitik gewesen. Sein heißestes Bestreben war es, innerpolitische Gegensätze auszugleichen und durch die Befriedigung der außenpolitischen Konfliktsstoffe eine wirtschaftliche und innerpolitische Gesundung seines Landes zu erreichen. Auf diesem Wege der Verständigung konnte niemand besser als Rittis, niemand mit größerer Geschicklichkeit vorwärtsschreiten als er. Seine Erfolge in der Außenpolitik sind im Lande allgemein anerkannt. Die Versöhnung des italienischen Volkes mit dem österreichischen ist eine der glorreichsten Taten des Kabinetts Rittis. Die Verhandlungen mit dem österreichischen Staatskanzler Renner haben zu einer wirtschaftlichen Verständigung geführt, die einen politischen Sieg Rittis über vermeintliche geschichtliche Notwendigkeiten des Hasses zwischen zwei Völkern bedeutet, wie ihn nur selten ein Politiker und Staatsmann zu verzeichnen hat. Diese seine außenpolitischen Erfolge hätten begleitet sein müssen von innerpolitischer Beruhigung und Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse, wenn dies überhaupt möglich gewesen wäre. Daß Rittis auf diesem seinem Wege scheitert, schertert, obwohl allgemach in Italien seine weise Mäßigung, seine Zurückhaltung, seine geschickte Versöhnungs- und Verständigungspolitik gerühmt wird, daß trotz all dieser Geschicklichkeit, in der kaum ein anderer ihn überbieten dürfte, es ihm nicht gelungen ist, das Ziel der innerpolitischen Beruhigung zu erreichen, ist der Beweis dafür, daß zwar nicht seine politischen Fähigkeiten zur Lösung dieser

Aufgabe zu gering und, daß aber der Weg, den er zu beschreiten versucht hat, in die Irre führt. Auch in Italien ist die politische Entwicklung zu weit fortgeschritten, als daß Versöhnungs-, Verständigungs-, Ausgleichungspolitik vorwärtsgehen könnte. Es hilft nichts mehr, die Gegensätze zu vertuschen, durch Mittel und Mitteln zu verringern zu suchen, die großen politischen Konflikte müssen ausgetragen, müssen durchgeämpft werden. Die revolutionäre Entwicklung muß ihren Lauf nehmen. Das ist die Lehre, die die deutsche Arbeiterschaft aus dem Sturz des Kabinetts Nitti und der jetzigen italienischen Kabinettskrise ziehen muß.

Die Sozialisten haben den Sturz des Kabinetts Nitti herbeigeführt, vor ihrem Ansturm ist das Kabinett zusammengebrochen. Sie haben als die stärkste Partei des Parlaments verlangt, daß die Maßregelungen von Angestellten des Post- und Telegraphendienstes, die sich zur Zeit in einer Obstruktionsbewegung befinden, rückgängig gemacht würden. Als Nitti dies verweigerte, fand er keine Mehrheit mehr in der Kammer. Es stimmten gegen ihn nicht nur die Sozialisten, sondern auch die Nationalisten und ein Teil der katholischen Volkspartei. Die innerpolitische Konstellation ist von sozialistischen Gesichtspunkten aus vollkommen klar. Während in Deutschland die Bourgeoisie ihre letzte und einzige Verankerung in den Generalen und der Offizierspolitik gefunden hat und deshalb die revolutionäre Antithese ganz deutlich: die militaristische Bürgertum — die sozialistische Proletariat lautet, ist in Italien der Konzentrationsschwerpunkt der bürgerlichen Ideologie die katholische Volkspartei. Dieser Unterschied ist nicht unwichtig und für die Betrachtung der kommenden geschichtlichen Ereignisse von höchstem Interesse. Der revolutionäre Kampf wird sich in Italien auf einer wesentlich andern Basis als in Deutschland abspielen. Nicht militaristische, sondern religiöse Forderungen werden in Italien die Kampfideen des Bürgeriums sein. Auch hier kann die Entscheidung nicht zweifelhaft sein.

Ein kurzes Wort muß noch gesagt werden, zu den geheimen politischen Zusammenhängen, die oben bereits angedeutet wurden und die heute in voller Klarheit noch nicht erkennbar sind. Es ist kein Zweifel, daß in den letzten Wochen nach San Remo die außenpolitischen Erfolge Nittis in Italien wesentlich anders gewertet wurden als vorher. Das hängt mit der Tatsache zusammen, daß Nitti in San Remo in gewisser Weise eine Niederlage erlitten hatte. Er war mit dem großen Programm der Versöhnungspolitik, der wirtschaftlichen Verständigung der Vertragsstaaten des Friedensvertrages und einer dazu notwendigen Revision des Friedensvertrages nach San Remo gekommen. Nittis in seine Vorbereitungen und Pläne plakte die verbrecherische, wahrhaftige Note der deutschen Regierung, die mit ihren Forderungen nach schwerer Artillerie, Fliegern und Eisenbahnkompanien die Herrschaft der militaristischen Kräfte in Deutschland in geradezu überwältigender Weise dokumentierte und deshalb Nittis gute Absichten sofort vereiteln mußte. Sofern der Außenminister Köster schon für diese Note verantwortlich ist, kann er sich rühmen, nicht unwesentlich zum Sturze Nittis beigetragen zu haben. Das ganze zögernde, zweideutige und unklare Verhalten der deutschen Regierung auch gegenüber Italien, der ewige Versuch, nach allen Seiten zu spekulieren und den einen gegen den andern auszuspielen, diese typische kaiserliche Außenpolitik, die die Welt in den Krieg gekehrt hat, sie hat bisher alle ernsthaften Verständigungsmöglichkeiten mit Italien zu verhindern gewußt, sie hat den Weg der Verständigung mit Frankreich versperrt, sie hindert die Revision des Friedensvertrages, sie wird jeden ausländischen Staatsmann fesseln, der den Mut findet, eine Politik der Verständigung mit Deutschland betreiben zu wollen. Es ist gut, diese Erkenntnis vor den Wahlen noch so deutlich illustriert zu sehen. Die deutsche Regierung weiß sehr wohl, warum sie die Verschiebung der Konferenz von Spa bis nach den Wahlen verlangt hat. Sie weiß auch, warum sie dies Mandat heute zu leugnen versucht und gerne die Entente dafür verantwortlich machen möchte. Auch über diese Politik der Zweideutigkeit, die inner- wie außenpolitisch den Verfall des deutschen Volkes bedeutet, wird in den Wahlen ein Urteil zu sprechen sein.

Ein Kabinett Bonomi?

Mailand, 15. Mai. Die Wälder berichten, daß der König gestern Kriegsminister Bonomi (Reformsozialist) mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt habe. Der Führer der katholischen Volkspartei, Meda, habe Bonomi versichert, daß er die Unterstützung seiner Partei finden werde.

Ein Räuberstück zur rechten Zeit.

Die Pflerräuber haben ihre Wahlparole.

In Sangerhausen hat sich in der Nacht auf den letzten Sonnabend eine neue Hölle abgelebt, nur daß hier mitwirkende politische und revolutionäre Faktoren auch bei Betrachtung unter einer Lupe selbst beim besten Willen nicht festzustellen sind. Der Tatbestand des jüngsten Karl-Moor-Streiches einiger ganz unpolitischer, lediglich auf Selbstbereicherung ausgehender Banditen ist folgender:

Bewaffnete Männer erschienen nachts 1/3 Uhr vor der Mitteleuropäischen Privatbank und sprengten die Tür des Gebäudes mit Handgranaten auf, als ihnen von dem Direktor der Zutritt zu den Kassentüren verweigert worden war. Eine Herausgabe von Geldern fand nicht statt, da der Direktor gegenüber den Banditen den Nachweis erbrachte, daß er die vorhandenen Barbestände zur Lohnauszahlung gebrauchte. Von der Mitteldeutschen Privatbank zogen die Bewaffneten zur Darmstädter Bank und zur Reichsbank. Hier raubten sie 300 000 Mk., dort 200 000 Mk. Es mag sich im ganzen um etwa 50 Taler gehandelt haben, deren Charakter als nach einem vorbereiteten Plan arbeitende gewöhnliche Verbrecherhand gar nicht zu verleugnen war. Die Banditen unterbanden dann heute morgens um 7 Uhr nach vollzogenem Raub den Telefon- und Telegraphenverkehr der Stadt und besetzten auch das Rathaus, dessen Treppe mit einem Maschinengewehr gesperrt wurde. Es schlossen sich dann den Räubern, die von auswärts kamen und die niemand kannte, im Verlaufe des Tages auch einige Kommunisten an, nicht ganz ein halbes Duzend, die offensichtlich über den plump-verbrecherischen Charakter der ganzen „Affäre“ sich hatten täuschen lassen. Viele wurden nun als Mitglieder eines sogenannten „Exekutivkomitees“ im Laufe des Tages verhaftet, während die eigentlichen Hauptverbrecher auf zwei requirierten Autos mittlerweile längst das Weite gesucht hatten. Bei den Verhafteten handelt es sich um drei jugendliche Arbeiter aus Sangerhausen selbst und um einen aus Eisleben. Auf dem Bahnhof sollen dann noch zwei eigentliche Räuber festgenommen worden sein. Die eigentlichen Räuberführer sind auf jeden Fall mit dem Gelde entkommen.

Über weitere Einzelheiten des Banditenstückes wird uns noch berichtet:

Sangerhausen, 15. Mai. In der vergangenen Nacht besetzten bewaffnete, vorwiegend Ostfremde, die hiesigen öffentlichen Gebäude und die Banken. Auch der telephonische Verkehr wurde unterbrochen, die Polizeibeamten wurden entlassen, die Behörde für abgesetzt erklärt. Aus den Banken wurde, soweit bisher bekannt, etwa eine halbe Million Mark geraubt. Die Zeitungen mußten unter Zensur erscheinen. Ein Aufruf des „Exekutivkomitees“ an die Bewohner der Stadt, unterzeichnet M. Hölz, forderte zur Ruhe und Arbeit auf. Hiesige Kommunisten stellten sich den Aufrührern zum Teil zur Verfügung. So schnell wie der Spul gekommen war, verschwand er auch wieder. Im Verlauf des Vormittags machten sich die „Kommunisten“ mit einigen hiesigen Führern mit dem Gelde im Auto davon. Zwei von den „Aufrührern“ konnten auf dem Bahnhof festgenommen werden. Inzwischen sind weitere Verhaftungen vorgenommen worden.

Das Leipziger Tageblatt berichtet weiter darüber: Der angebliche kommunistische Putzsch in Sangerhausen ist eine vereinzelt verbrecherische Handlung, die mit der Bewegung der politischen Parteien nicht in Zusammenhang gebracht werden kann. Es handelt sich einfach um bewaffnete Verbrecher, die von außerhalb her in Automobilen kamen, offenbar um unter der Maske des roten Terrors Geld zu erpressen. Die Stadt ist völlig ruhig und von jedem Terror frei. Von den Verbrechern im Auto sind bereits drei Leute festgenommen und in das Gefängnis eingeliefert worden. Gleichwohl auf welche politische Parole sie sich etwa berufen sollten, darf man als feststehend annehmen, daß es sich lediglich um den Versuch eines gemeinen Verbrechens gehandelt hat. Die Arbeiterschaft von Sangerhausen hat mit diesem tollkühnen Erpressungsmanöver nicht das Geringste zu tun.

Dieses Schinderhannes-Abenteuer von Sangerhausen hat nun am Sonntag und heute die gesamte Presse begreiflicherweise stark beschäftigt. Zum Teil berichten die Blätter, auch die bisher erschienenen sozialdemokratischen, darüber in großen Querüberstreichen. Die eine natürliche und einfache biologische Feststellung haben wir dabei selber vermisst: Solange die Verwilderung der Sitten und die Mißachtung des Rechts, die der gegenwärtigen Generation durch den von oben proklamierten Krieg und Menschenmord eingeimpft worden ist, nicht ausgeblutet ist, werden solche Banditenstreiche wohl noch öfters die Tagespresse beschäftigen müssen; schuldig ist daran der Kathedonismus des Totfalls, der in der herrschenden Gesellschaft während fünf Jahren als höchste Sittlichkeit und leuchtendes Festum ausgegeben worden ist. Wer täglich geschrieben hat: „Jeder Schuß ein Ruff“, jeder Stoß ein Franzos“, darf sich heute nicht wundern, wenn diese Moral der staatslich konzeptionierten Brutalität und Sittenverwilderung auch noch weitere Früchte zeitigt.

Über während man diese auf der Hand liegende, allernotwendigste Feststellung in der Presse vermisst, wird von der reaktionären Seite, die eben jene widerlich-brutale Kriegsmoral verhärtete, sonst von den selben Blättern des Bürgeriums, in denen während des Krieges die aller mörderischen und raubstüchlichsten Federheiden zu Worte kamen, versucht, den Spul von Sangerhausen als Wahnsinn zu bezeichnen. Man höre, was ein so wüßtes Gehäufchen, wie die hiesige Zeitung über den Vorfall schreibt:

„Allmählich trübte sich das Dunkel, das über dem Bankputz lagerte. Aus den Redaktionen der Polizeibehörde kann man ersehen, daß der Streich durchaus politischer Natur war. Der Ueberfall auf die Banken erfolgte im Anschluß an eine Kommunistenversammlung. Der Gewaltakt beweist zum mindesten, daß die linksradikalen Elemente nach wie vor an der Arbeit sind, ihre politischen Forderungen durchzusetzen. Dies muß dem Bürgerium gerade in der Zeit vor den Wahlen doppelt zu denken geben, daß es möglich ist, daß eine Handvoll wilder Abenteuer eine ganze Stadt in Aufruhr halten kann. Wie verlautet, sollen die Aufrührer die Wählerlisten verbrannt haben. Einmündigselbstverleumdung, der Aufruhr und Bankraub politischer Momente entgegen. Die Arbeiterschaft verhält sich dem Putz gegenüber ablehnend.“

Dem kleinen reaktionären Pressfester in Halle sprinzt natürlich ausgerechnet der altdeutsche Bauwau Kerpitzer Neueste Nachrichten bei. Behauptet wird von dem führenden Schmutzblatt unsrer Kriegesblöde und Wölkermörder das elende Abgeschmackte des Genußgenossen weiter verbreitet. Die reaktionäre Berliner Presse, wie Deutsche Aktion, Deutsche Tageszeitung usw., hat, weil sie Montags früh nicht mehr erscheinen kann, sich noch nicht kritisch über den Vorfall geäußert. Daß es im Genere des hiesigen Hinterzweckens geschrieben wird, daran zweifeln wir keinen Moment.

Die Banditen von Sangerhausen sind also dem gedüngtesten Bürgerium und seinen Federführern gerade noch rechtzeitig genug gekommen, um sie als Vorgesetzten gegen Sozialismus und Kommunismus zu verwenden. Wie Blamarek seine Attentäter Hödel und Nobeling benützte, um sein Sozialjenseit durchzusetzen, gratulieren sich jetzt die deutschen Pfefferfäcke wegen des hochwillkommenen „Kommunistenputsches“, den ihnen da ein quillender Himmel beschert hat. Sie kennen ja ihre Publikum: Je dümmere die Sache ist, um so zahlreicher ist sie.

Daß die politischen Parteien keinen Wert auf die Richtung auch nur das Entfernteste mit dem Sangerhausener Spul zu tun habe, beweist die Tatsache, daß unter Parteiflagge des dortigen Bezirkes, die Mansfelder Volkszeitung, schon am Sonnabend, kurz nach Bekanntwerden der ersten Nachricht, schrieb:

„Vollkommenen und Genossen! Wir wissen, daß sich die politische mit solchen Putzschritten auch in den Mansfelder Landen betätigt haben. Habt die Augen offen. Laßt euch nicht gebrauchen zu irgendwelchen dunklen Zwecken. Soltet sich in euren Kreisen Elemente zeigen, die euch zu berattianen Zwecken aufstehen wollen, so wendet euch immer erst nach der Zentrale nach Eisleben. Bedenkt immer, daß der letzte Grund all dieser Aktionen der ist, auch uns die Geißel der Reichswehrtruppen ins Land zu bringen.“

Darum Augen aufgemacht! Nicht durch Einzelputzsch können wir uns Lage bessern. Sie werden nur der Verschleierung dienen.“

In der Tat hat nach am Freitag in Sangerhausen eine Versammlung der USA. stattgefunden, in der unser Genoss Koenen gesprochen hat. Diese Versammlung verlief völlig ruhig.

Die Rote Fahne aber, das Zentralorgan der kommunistischen Partei, schreibt zu dem Vorgang schon am Sonntag, also zu einer Stunde, da das rein verbrecherische der ganzen Angelegenheit noch gar nicht klar zu erkennen war:

Nicht durch 20 oder 200 oder 2000 bewaffnete Arbeiter wird die Revolution gemacht, noch wird am Sangerhäuser Meßen die Welt erneuert, sondern allein die entschlossene Gesamtkraft der bewußt um ihre Befreiung kämpfenden Arbeiterklasse kann hier helfen. Streiche, wie der Ueberfall von Sangerhausen, selbst wenn sie mehr als ein Räuberzug, wenn sie ein Suizidstreik sind, trennen die Arbeiterschaft auf dem Wege zu diesem Ziel und sind deshalb hinterrevolutionär.“

Über alles das wird nicht viel helfen: Die Borniertheit des Spielers wird dennoch auf die elenden Folgen seiner Wahlaktion hereinfallen; man läßt sich diese Pläne so gar gern gefallen denn — der Zweck heiligt die Mittel, nicht zuletzt beim Kampf der Pfefferfäcke um ihre heiligsten Güter.

Bezahlte Spindelarbeit?

Die Berliner Rote Fahne meldet: Wie wir erfahren, ist der Putzsch von Sangerhausen das Werk der Spindler Schärder-Wahne, vor der an dieser Stelle vor Wochen gewarnt worden ist.

Der „Segen“ der „freien Wirtschaft“.

In einem Artikel der Deutschen Zeitung, der vor einigen Tagen erschien, und ein Loblied auf den freien Handel war, hieß es: „Die Anhänger der Zwangswirtschaft verteidigen diese mit der Begründung, daß ihre Aufhebung eine ungeheure Preissteigerung nach sich ziehen würde. Das wäre erst zu beweisen.“ Da ist es lehrreich, auf die Erfahrungen hinzuweisen, die England mit der teilweise erfolgten Aufhebung der Zwangswirtschaft gemacht hat. Einem Redakteur des Daily Herald erklärte ein Beamter des englischen Ernährungsministeriums jüngst folgendes: „Auf den Rat von Handelskreisen hin, namentlich der amerikanischen Importeure, ließ sich das Ernährungsministerium letztes Jahr dazu bestimmen, die Kontrolle über Speck aufzuheben. Es wurde damals behauptet, daß sofort mit der Freigabe eine Senkung der Preise eintreten werde. Statt dessen begannen die Preise bereits im Verlauf von 1—2 Wochen zu steigen und die Folge war, daß nach einigen Monaten die Kontrolle wieder eingeführt wurde. Dieselbe Erfahrung ist, wie Daily Herald an der Hand einer Tabelle veranschaulicht, bei allen den Lebensmitteln zu machen, die kürzlich freigegeben wurden — bei Tee, Kaffee, Speck, Butter, Brot, Getreide, Marmelade.“

Der englische Arbeiter steht übrigens der täglich wachsenden Preissteigerung nicht tatenlos zu und die Forderung nach gegebenenfalls durch einen Generalstreik zu erzwingender Herabsetzung der Löhne für den Lebensunterhalt wird immer lauter. Einzelne Gewerkschaften, wie die des Lebensversicherungsangestellten, der schottischen Landarbeiter und Heizer und Feuerwehrlente haben bereits in diesem Sinne Stellung genommen.

Auch der englische Arbeiter-Dreibund — Bergarbeiter, Eisenbahner und Transportarbeiter — beriet sich darüber, wie die hohen Lebensmittelpreise herabgebracht werden könnten. Er ging dabei von der richtigen Erkenntnis aus, daß das Steigen der Löhne allein nichts helfen könne, da den Lohnsteigerungen immer Preissteigerungen folgen. Der Arbeiter-Dreibund faßte eine Resolution, die das parlamentarische Komitee des Gewerkschaftskongresses, die Arbeiterpartei und die Genossenschaftsbewegung aufforderte, sich mit dem Dreibund zu verbinden, um eine umfassende Untersuchung über die Gründe für die hohen Kosten der Lebenshaltung anzustellen. Es soll ein Plan zu ihrer Herabsetzung ausgearbeitet werden, der dann sofort der Regierung vorgelegt werden soll, mit dem Ersuchen, entsprechende Schritte zu unternehmen.

In Deutschland haben wir mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft für Hülsenfrüchte, Safer, Leber usw. dieselben bitteren Erfahrungen gemacht. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Aufhebung der Zwangswirtschaft zu ungeheuren Preissteigerungen und damit zu einer weiteren Verschlechterung der Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft führen muß. An der Aufhebung haben nur die kapitalistischen Kreise ein Interesse, die unter der freien Wirtschaft unter Ausnutzung der Notlage der Bevölkerung eine weitere Steigerung ihrer ohnehin enormen Profite erzielen. Nicht der Abbau der Zwangswirtschaft ist notwendig, sondern ihre Umgestaltung in eine planmäßig organisierte Wirtschaft nach sozialistischen Grundsätzen.

Wie es im Ruhrrevier zugeht.

Selbst Rechtssozialisten protestieren.

Vor kurzem brachte die Essener Arbeiterzeitung, das Organ der Rechtssozialisten, die folgende schwere Anklage gegen die Regierung:

„Gestern standen vor dem außerordentlichen Kriegsgericht Essen drei Arbeiter, welche angeklagt waren, in der Nacht vom 16. zum 17. März sich an den Kämpfen in Mühlbachthal beteiligt zu haben. Bisher hat man noch nichts davon gehört, daß einer der Angeklagten vor Gericht gekommen wäre. Täglich aber kommen Hunderte von braunen Arbeitern vor das Kriegsgericht, obwohl die meisten nur in der Absicht die Waffen ergreifen haben, den Kampf abzuwehren. Die Angeklagten in dem gestrigen Falle waren von Patrouillen der Einwohnerwehr aufgegriffen worden, zwei von ihnen hatten Waffen bei sich. Das Gericht nahm bei zweien der Angeklagten an, daß sie des Glaubens sein könnten, es handle sich um ein Gegenunternehmen gegen die Arbeiterbewegung, und sprach daher die beiden des Landesfriedensbruches frei. Dagegen wurde der dritte wegen Landesfriedensbruches verurteilt, weil er als Kommunist zweifellos weitergehende Ziele verfolgte habe. Ferner wurden die zwei Angeklagten, welche im Besitze von Waffen gewesen waren, wegen verbotenen Tragens von Waffen zu einigen Monaten Gefängnis verurteilt. Sowohl die Anklage als die Verurteilung zeigt, wie notwendig es ist, daß endlich klare Verhältnisse geschaffen werden und eine Amnestie erlassen wird. Die Gerichte sind durchaus formell im Rechte, wenn sie erklären, es bestehe überhaupt keine ordnungsmäßige Amnestie. Es besteht also für jeden einzelnen, wenn er sich irgendwo und irgendwann bei der Roten Armee oder beim Volksgenrat, oder bei der der Sicherheitswehr oder sonst irgendwo während der Unruhen beteiligt hat, immer die Möglichkeit, daß er auf Grund des Aufruhr- oder Landesfriedensbruchesparagrafen auf mehrere Jahre ins Gefängnis kommt.“

Diese ewige Unsicherheit ist außerordentlich schädlich für das Gefühl der Rechtlichkeit und vor allem für das Vertrauen des Volkes zur Regierung. Das Verprechen, das die Reichsregierung und der Reichskommisär wiederholt gegeben haben, muß eingehalten werden, schon aus dem einfachen Grunde, weil man nicht Hunderttausende vor Gericht bringen kann und weil die gesamte Wirtschaft in den von den Rüststellungen überfluteten Gemeinden, aber auch in den von ihnen verlassenen Gemeinden außerordentlich leidet. Gemeine Verbrechen müssen selbstverständlich von der Amnestie ausgenommen werden. Aber es ist ein unwillkürlicher und gefährlicher Zustand, wenn fortwährend entgegen dem klar ausgesprochenen Willen der Regierung Anklagen erhoben werden und Verurteilungen erfolgen für Taten, die nach den wiederholten Erklärungen der Regierung nicht verfolgt werden sollen. So hat z. B. das Mühlbacher Kriegsgericht einem 17jährigen jungen Menschen zu der „besonders milden“ Strafe von 1 Jahr Gefängnis verurteilt, weil er bis zum 31. März Dienst in der Roten Armee getan hatte. Wieder glaubt man, wie bei dem Streik 1912, durch furchtbare harte Urteile die „revolutionäre“ Bewegung ein für allemal unterdrücken zu können und bedenkt nicht, daß man nur die Zeit ins Feuer gießt! Die Gefängnisse werden überfüllt, Gerichte und die Gendarmen mit Arbeit überhäuft und die so schon dankeberühmte Wirtschaft leidet. Was aber das schlimmste ist, das Vertrauen zur Regierung und zur Gerechtigkeit schwindet immer mehr und macht einem wilden, verbliebenen Gasse Play, der früher oder später sich furchtbar entladen muß.“

Der Artikel ist schon vor einiger Zeit erschienen. Über gesprochen ist nichts, um das Verprechen der Regierung einzulösen. Es wird weiter verurteilt, und die Regierung sieht zu, wie das Verprechen, das Giesberts in Bielefeld, Severing in Münster, Blunck in der Nationalversammlung

lung gegeben hat, immer wieder schmähtlich gebrochen wird. Sie sieht zu, obgleich sie und jedermann weiß, daß die Einstellung des Kampfes durch die Arbeiter gerade auf das Mindestmaß beschränkt worden ist. Sie sieht zu, wie Leute, denen ausdrücklich attestiert worden mußte, daß sie zur Bekämpfung des Rapp-Buffches die Waffen ergriffen haben, wegen verbotswidrigen Tragens von Waffen zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt werden!

Ist die Regierung so ohnmächtig gegenüber die Militär, daß sie ihr Versprechen nicht halten kann? Dann müßte sie abtreten und dem Volke zeigen, wer die Verantwortung trägt! Hat sie dazu nicht den Mut und das Bedürfnis ehrlicher Leute, dann wird sie die volle Last des Wortbruchs auf sich nehmen müssen und dann wird die Partei der Rechts-ogialisten für diese böse Schuld mit verantwortlich gemacht werden. Sie wird bei den Wahlen schwer dafür zu büßen haben.

Das Zentrum rückt weiter nach rechts!

Das Zentrum im Rheinland macht verweirte Anstrengungen, die Einheit, die ihm durch die Gründung der Christlichen Volkspartei der Raster und Genossen verloren zu gehen droht, wieder zu gewinnen. Wie dem Berliner Tageblatt mitgeteilt wird, ist das Zentrum bereit, den Wünschen seiner rheinischen Dissidenten entsprechend, selbst alte bewährte Führer fallen zu lassen. An ihre Stelle sollen Vertreter der agrarischen und großindustriellen Interessengruppen treten, die sich der separatistischen Rastergruppe angeschlossen haben. Das heißt also, das Zentrum will noch weiter nach rechts abmarschieren, als es jetzt bereits schon geschieht.

Ebenso wird aus Baden gemeldet, daß dort bei der Kandidatenaufstellung die reaktionäre Richtung siegte. Ihr Träger ist der Bauernverband, der rücksichtslose Vertretung der agrarischen Forderungen verlangt und heftig gegen die Koalitionspolitik in Baden agitiert.

Bei solchem Nachrück des Zentrums wird der Boden für die Koalitionspolitik im Reich immer mehr abgetragen. Die Rechtssozialisten geraten schließlich gar in die Notwendigkeit, mit der ausgesprochenen Unternehmensepartei, der Deutschen Volkspartei, die Koalitionserklärung zu bilden. Ob sich aber die Arbeiterschaft, die bisher noch zu dieser Partei steht, solche unnatürliche Paarung, die doch nur auf Kosten des Proletariats gehen könnte, gefallen lassen wird?

Keine Einigung der Zentrumsleute.

Wie die Frankfurter Zeitung berichtet, hat sich die Hoffnung der rheinischen Zentrumsführer, durch Mandatszugeständnisse die unzufriedenen Elemente, die sich losgelöst und eine neue christliche Volkspartei gegründet haben, noch einmal zurückzuholen, nicht erfüllt. Der Führer der Rheinischen Zentrumsgruppe, RING, teilte in einer Wahlversammlung am Freitag mit, die am Himmelfahrtstage nochmals gepflogenen Verhandlungen seien gescheitert, da die Vertreter der Christlichen Volkspartei erklärten, sie hätten bereits eine besondere Kandidatenliste für sechs bis sieben Wahlbezirke aufgestellt.

Deutsche Duffschiffe über Warschau?

Nach einer Reutersmeldung aus Warschau, die in der englischen Presse großes Aufsehen erregt hat, sollen in der Nacht von Sonntag zu Montag sieben (1) Duffschiffe, wahrscheinlich mit deutschen Generalstabsoffizieren, Warschau in östlicher Richtung überfliegen haben.

Das russische Bureau bemerkt zu dieser Meldung, daß die Nachricht nach der Feststellung an zuständiger Stelle erfunden sei. Die in Deutschland allenthalben befindlichen Überwachungskommissionen der Entente seien jederzeit in der Lage, sich über das was in Deutschland befindliche Duffschiffmaterial zu unterrichten. Eine einfache Rückfrage bei diesen Kommissionen hätte die Falschheit der Nachricht ergeben.

Wenn auch die Meldung in der oben wiedergegebenen Fassung recht unwahrscheinlich klingt, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß in Deutschland in letzter Zeit allenthalben Dinge vorgekommen sind, die den „zuständigen Stellen“ sehr unangenehm gänzlich unbekannt geblieben sind.

Zerschlagung einer Druckerlei in Oberschlesien.

Beuthen, 15. Mai. Der Oberschlesische Wanderer meldet aus Sohrau: Heute nacht legten drei auswärtige Polen zwei Bomben an die Druckerlei des Stadtblattes, dessen Besitzer Hundt für die deutsche Sache eingetreten war. Die gesamte Druckerlei ist vollkommen zerstört worden.

Die Streikbewegung in Frankreich.

Über die allgemeine Streiklage meldet Havas aus Brüssel, daß der Generalstreik bei den Eisenarbeitern und eingeschriebenen Seefahrern fortbauere. In Lille hat sich der Streik der Elektrizitätsarbeiter ausgebreitet. Im nördlichen Kohlenbezirk ist der Streik immer noch allgemein. In Reims sind in einer Metallwarenfabrik 500 von 750 Arbeitern in den Ausstand getreten. In Bordeaux hat sich die Lage gestern etwas gebessert, doch streikten dort sämtliche Gasarbeiter. Im Kohlenbezirk von Pas de Calais dauert der allgemeine Ausstand an. In Tourcoing haben die Eisenbahner sich für den Streik entschieden. Die Transportarbeiter haben dort die Arbeit wieder aufgenommen. In Valenciennes dehnt sich der Streik unter den Transport- und Bauarbeitern aus. In der Metallindustrie ist er allgemein.

Protest der Gewerkschaftsführer.

Paris, 15. Mai. Die führenden Gewerkschaftsführer des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes C. G. T. sind gestern nachmittag vor dem Untersuchungsrichter erschienen und haben einen Protest gegen das Strafverfahren zu Protokoll gegeben. Die C. G. T. hat gestern abend beschlossen, vorerst zur weiteren Ausdehnung des Streiks nicht aufzurufen.

Die Regierung ermuntert die Eisenbahngesellschaften zum Widerstande.

Paris, 14. Mai. Der Ministerrat hat beschlossen, bei den Eisenbahngesellschaften nichts gegen Entlassungen und Disziplinarmaßnahmen infolge des Eisenbahnstreiks zu tun.

Abbruch des Eisenbahnstreiks?

Paris, 10. Mai. Wie der Temps mittelt, wird das Abbruchs-Komitee der Eisenbahngewerkschaften heute die Wiederaufnahme der Arbeit beschließen.

Neuer Streik in Elsaß-Lothringen?

Paris, 10. Mai. Seit Parisien teilt mit, daß die Vereinigung der Gewerkschaften von Elsaß und Lothringen dem Ministerpräsidenten Millerand gestern neue Forderungen überreicht habe. Falls sie nicht bis Montagmittag bewilligt sind, wollen die Arbeiter wieder streiken. Sie verlangen unter anderem die Aufhebung der Entlassungen aus Anlaß des letzten Streiks und Sicherstellung der Rechte der eingeborenen Elsaß-Lothringer.

Deutschland.

Ein neues Attentat auf Erzberger?

Esslingen, 15. Mai. Gestern abend veranstaltete die hiesige Zentrumspartei eine Versammlung, in der Erzberger sprach. Wegen 10 Uhr wurde von der Straße aus durch ein Fenster eine Handgranate geschleudert, die im Garderoberraum explodierte. Die Splitter drangen zum Teil bis auf das Postum. Verletzt wurde niemand. Von dem Täter hat man keine Spur.

Zeitungsverbote im besetzten Gebiet.

Laut Frankfurter Zeitung sind die Wiesbadener Neuesten Nachrichten von den Franzosen wegen Abdruck der Telegramme über die schwedischen Proteste gegen die Verwendung schwarzer Kruppen im besetzten Rheinland auf drei Tage verboten worden. — Die internationale Rheinlandkommission hat die Einführung des „Klabberdatsch“ in das besetzte Gebiet auf zwei Monate verboten.

Monarchie oder Republik?

Diese Frage will die bayerische „Königspartei“ durch Volksabstimmung entschieden haben. Sie verpflichtet ihre Mitglieder, bei den kommenden Wahlen nur den Kandidaten der Parteien ihre Stimme zu geben, die dafür eintreten, daß die Frage Monarchie oder Republik in einer öffentlichen Landesabstimmung entschieden werden soll. Auch sollen diese Parteien ihren Abgeordneten stellen, sich öffentlich zur Föderation und zur Wiederherstellung der Monarchie zu bekennen.

Die letzten Sitzungen der Nationalversammlung.

Die Nationalversammlung hält ihre beiden letzten Sitzungen am 19. und 20. Mai ab. Auf der Tagesordnung dieser letzten Sitzung steht u. a. die Ausführung der Militärgerichtsbarkeit. Die Abstimmung über dieses Gesetz soll eine namentliche sein. Mit dieser Sitzung wäre das arbeitsreiche Pensum der Nationalversammlung erledigt. Die Abgeordneten behalten jedoch noch ihr Mandat bis zum Zusammentritt des neuen Reichstages.

Erzberger wieder Reichstagskandidat. Der Parteitag der württembergischen Zentrumspartei stellte Erzberger mit 888 gegen 27 Stimmen bei drei Enthaltungen wieder als Kandidaten für die Reichstagswahl auf.

Die Verfassung für Thüringen angenommen. Der Volkstag von Thüringen nahm mit allen gegen zwei Stimmen der Rechten die Verfassung für das Land Thüringen an.

Die Fänge der deutschen Hochseefischer in der Nord- und Ostsee nach dem Abbruch der Erwartungen weit überzogen. Deutschland, Dänemark und Schweden haben ganz enorme Fänge. In Hamburg und Cuxhaven allein wurden im April weit über 8 Millionen Pfund Fische angeliefert. In Kiel und Eckernförde waren die Fänge gleichfalls recht befriedigend.

Aleine Auslandsnachrichten.

Amerikanische Sozialisten für die 2. Internationale.

Paris, 15. Mai. Havas berichtet, daß der amerikanische sozialistische Nationalkongress sich neuerlich für die zweite (Genfer) Internationale erklärt hat.

Beitritt der Schweiz zum Völkerbund beschlossen.

Bern, 10. Mai. In der heute vorgenommenen Volksabstimmung wurde mit 407 000 gegen 320 000 Stimmen der Beitritt der Schweiz zum Völkerbund beschlossen. Die Wahlbeteiligung betrug durchschnittlich 80 Proz.

Vom mexikanischen Ausstand.

Nach einem Vorbericht ist es General Carranza gelungen, mit einer starken Truppe die georgische Gegend zwischen Puebla und Xaca zu erreichen. Die verzweifelten Verluste der revolutionären Truppen, ihn zu lassen, schlugen fehl. — Nach einer andern Meldung soll Carranza die Erlaubnis erhalten haben, Mexiko unverletzt zu verlassen. Er ist gegenwärtig in Minconada eingeschlossen.

Die Nationalistenbewegung in der Türkei.

Der Temps-Korrespondent meldet aus Konstantinopel, die Regierungstruppen hätten Abazar besetzt, und die Nationalisten hätten Wollu geräumt. Das außerordentliche Kriegsgericht habe Mustafa Kemal Pascha und seine Mitarbeiter in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Dies sind Ali Fuad, Kommandant des 20. Armeekorps, Ahmed Nispet, der ehemalige Vorkämpfer in Washington, Dr. Adnan und seine Frau sowie Oberst Karawakli.

Attentat auf den Großvezir.

Londoner Blätter melden aus Konstantinopel: Ein Volkstisch verhaftete, den Großvezir in seiner Wohnung zu erschlagen. Er verwundete aber nur einen Kawaffen. Der Täter wurde verhaftet.

Feuerungskrawalle in Sardinien.

Römische Blätter melden, daß in Iglesias (Sardinien) bei einem Feuerungskrawall fünf Personen getötet worden seien. Zum Zeichen des Protestes sei der Generalstreik proklamiert worden.

Der Sultan will abdanken. Havas veröffentlicht eine Meldung des Konstantinopeler Reichertellers der Associated Press, wonach der Sultan die Absicht habe, zum Zeichen des Protestes gegen die schweren Bedingungen des Friedensvertrags abzutreten.

Gewerkschaftsbewegung.

Zur Tarifbewegung der Bankbeamten.

Vorläufig kein Streit. Die Tarifbewegung der Bankbeamten ist augenblicklich in eine Sackgasse geraten, und zwar durch das Verhalten des Deutschen Bankbeamtenvereins, der plötzlich die Entdeckung machte, daß ein Ausstand der Bankbeamten im gegenwärtigen Zeitpunkt untunlich sei. In einer Erklärung an die Presse sagt er, er wäre „nicht gegen einen Streik an sich“; er glaube aber, „daß zu einer Zeit, wo die Monatsmitte bereits überschritten ist und die Bezüge zum größten Teil verbraucht sind, ein Streik ausichtslos ist“. Außerdem wolle er Bezirkstarife abschließen.

Mit diesen Beweisgründen läßt sich natürlich jede Bewegung unterbinden, und die Mitglieder des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankbeamten empfinden das Verhalten des D. B. V. als einen Schlag ins Gesicht. Der Unwille über den D. B. V. kam denn auch in der Versammlung am Sonntag, die über den event. Streik beschließen sollte, zum lebhaften Ausdruck, zumal die Bankleitungen in der gemeinsamen Sitzung vor dem Reichsarbeitsministerium alle Forderungen der Bankbeamten abgelehnt haben bezw. etwaige Verhandlungen über einen Reichstarif und eine Erhöhung der Feuerungszulage nur unter der Bedingung in Aussicht stellen, daß die Tarifbewegung im Reich sofort abgebrochen würden. Unter den gegebenen Umständen

konnte ein Beschluß über den Eintritt in den Streik nicht gefaßt werden, so daß eine Einstellung der Arbeit im Leipziger Bankgewerbe einstweilen nicht erfolgt.

Die Bankangestellten mögen aus dem Verhalten des D. B. V. die notwendige Schlussfolgerung ziehen, daß nur die Einheitsorganisation der Angestellten der Einheitsorganisation der Banken gegenüber Erfolge erzielen kann.

Berlin, 15. Mai. (W. T. B.) In der heutigen Versammlung der Bankangestellten erklärte der Geschäftsführer des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankbeamten, daß eine Einigung mit dem Deutschen Bankbeamtenverein nicht zustande gekommen sei und daß infolge dessen der Allgemeine Verband nicht in der Lage sei, die Verantwortung für einen Streik im gegenwärtigen Zeitpunkt zu übernehmen. Der Streik wurde daher abgelehnt.

Dortmund, 17. Mai. (W. T. B.) Die Dortmunder Bankbeamten haben in einer öffentlichen Versammlung den in Köln gefällten Schiedsspruch des vom Reichsarbeitsminister bestellten Zwangsschlichtungsausschusses anerkannt und beschließen, die Arbeit Montagmorgen wieder aufzunehmen.

Elektrikanten.

Am 1. April wurde für die Elektrikanten ein Tarif abgeschlossen, in dem Lohn für sechsmonatige Monteur von 4,00 bis zum ungelerten Arbeiter unter 20 Jahren von 3,50 M. für Monat festgelegt sind. In diesem Tarif heißt es auch u. a., daß die Festsetzung der Arbeitszeit der freien Vereinbarung zwischen Unternehmer und Arbeiter überlassen bleibt. Nichtabstimmender können es einzelne Herren nicht unterlassen, in einzelner Weise die Arbeitszeit zu verändern und zwar von früh 6 bis 12 und 1—5 Uhr festzusetzen. Bisher wurde von früh 7 bis 4 Uhr nachmittags inkl. der Pausen gearbeitet. Daß ein derartiges Vorgehen ein glatter Tarifbruch ist, können die Herren natürlich nicht begreifen. Insbesondere sind es die Firmen Schöppe, Falkenier, Sächsische Bauwesen-Gesellschaft und Barnhof, die sich nicht an den Tarif halten. Wir möchten hierbei an das Geschrei der Herren erinnern, das sie im November 1910 beim Streik der Elektrikanten in ihrer Fachpresse erhoben. Der Streik wurde als Tarifbruch bezeichnet und von den übrigen Unternehmern in Sachsen verlangt, sie sollten keine Leipziger Monteur einstellen. Eine gemeine Verleumdung ist es aber, wenn sie sagen, die Arbeitszeit müsse verlängert werden, damit die Monteur keine Nebenarbeit für sich mehr leisten können und dadurch die Diebstähle von Material unterbunden würden. Tarifstreik ist bei diesen Firmen immer noch ein Witzwort, das sie nur finden, wenn es von den Arbeitern geäußert wird.

Mit Fragen, wie man die Arbeiter schikanieren kann und den Betriebsräten das Arbeiten in den Betrieben zur Unmöglichkeit gemacht wird, beschäftigen sich die Herren in ihren Sitzungen tagelang. Es wäre anzunehmen, daß sie sich einmal mit der Regelung der Lehrlingsfrage für ihren Industriezweig beschäftigen würden. Die Zustände auf diesem Gebiete spotten jeder Beschreibung. Eine Entlassung erhalten die Lehrlinge zum Teil überhaupt nicht, während die Eltern im Gegenteil bei vierjähriger Lehrzeit noch 100 bis 200 M. Bezahlgeld zahlen müssen. Wo Lohn gezahlt wird an die Lehrlinge, schämt man sich nicht, die Zeit für den Besuch der Fortbildungsschule abzuziehen. Ein besonders krasser Fall spielte sich bei der Firma Oskar Schöppe ab. Hierin dieses Jahres lernten dort zwei Lehrlinge aus. Nach dem alten Ausnahmestrich mußten sie ein Gesellenstück anfertigen, das von einem sogenannten Prüfungsausschuss abgenommen wurde. Dieser Ausschuss wird unter Ausschluß der Öffentlichkeit zusammengesetzt und verrichtet auch unter Ausschluß der Öffentlichkeit seine Prüfung. Als die Lehrlinge nach dem Ergebnis der Prüfung fragten, sagte Herr Schöppe einfach: „Das Gesellenstück hat nicht befriedigt, ihr müßt noch ein halbes Jahr nachlernen.“ Nach dieser Methode hätten es die Herren in der Hand, die Lehrlinge unter Umständen bis zu ihrem 70. Jahre lernen zu lassen.

Um mit diesen Zuständen aufzuräumen, ist es Pflicht der Betriebsräte und Eltern, darauf zu achten und alle Mittel anzuwenden, damit die Lehrlinge gut ausgebildet und auch den Lebensverhältnissen entsprechend bezahlt werden. Den Eltern der jungen Leute rufen wir, sich mehr um ihre Söhne zu bekümmern, damit sie auch die Gewißheit haben, daß diese etwas lernen. Notwendig ist es, daß sie sich vorher bei den betreffenden Organisationen erkundigen über die Verhältnisse der Lehrstufen und ob sie überhaupt in der Lage ist, Lehrlinge auszubilden zu können. Sie dürfen sich nicht nur davon leiten lassen, ihre Kinder unterzubringen, wo die Arbeit mit einem schönen Titel behangen ist, sie tragen auch die Verantwortung, wenn ihre Kinder ohne Kenntnisse nach einer verfehlten Lehre ins Leben hinaus geschoben werden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Leipzig. Das Brandentomitee.

Achtung, Bauarbeiter! In Anbetracht der erhöhten Preise für alle notwendigen Ausgaben der Zahlstellenverwaltungen und der Erhöhung der Entschädigung für die Grundbesitzenträger, wobei eine Bezahlung als Arbeitslohn nicht in Betracht kommen kann und eine Regelung durch Erhöhung des Lokalsbeitrages nicht möglich war, wurde von der am 2. Mai stattgefundenen Generalversammlung beschlossen, daß jeder Kollege für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1920 einen Extrabeitrag von 2 Mark zu entrichten hat. Die Verwaltung erlucht alle Kollegen, diesen Beschluß zu beachten und ihm nachzukommen.

Deutscher Bauarbeiterverband, Ortsverwaltung Leipzig.

Von Nah und Fern.

Ein Passagierdampfer gesunken.

Amsterdam, 15. Mai. Einer Reutersmeldung aus Kalkutta zufolge ist der Dampfer Sulejhi mit 230 indischen Passagieren an Bord, bei Hooghly gesunken. Man fürchtet, daß viele Personen ertrunken sind.

20 000 Ballen Jute verbrannt.

Paris, 15. Mai. Havas meldet aus Kalkutta, durch eine Feuersbrunst seien 20 000 Ballen Jute vernichtet worden.

Lebensmittelliste für Dienstag, den 18. Mai

Für Haushaltungen.

Anmeldung. Hafersfloren: Letzter Tag — abzugeben 1 B und K der Lebensmittelliste Reihe O (250 Gramm); Zusatzlebensmittelliste 4 für Kriegesangehörige (250 Gramm); Fleischmarkenkreise Q 1—5 (100 Gramm).

Ausgabe. Vollmündig an Versorgungsberechtigte über 65 Jahre: abzugeben Marke B 10 der Sonderlebensmittelliste für über 65 Jahre alte Versorgungsberechtigte, Reihe B, jeden zweiten Tag einen Viertelliter.

Für Öndler.

Kartoffeln: Ablieferung der Bezugskarten Ka 218 durch die Kleinverteiler.

Wärmelabe: Bezugskartennahme Marktgrafenstraße 8.

Butter und Inlandmargarine: Bezugskartennahme durch die Großhändler.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Heinrich Heine in Leipzig. Verantwortlich für den Anzeigenenteil: Friedrich Weller, Wörblich-Verlag.

Druck und Verlag: Leipziger Anzeigendruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.

U.S.P.D. Groß-Leipzig

Große öffentliche Wähler-Versammlungen:

Montag, den 17. Mai, abends 8 Uhr

In Großdeuben im Weißen Roß. Referent: Genosse Bernh. Diez.
In Knautkleeberg im Gasthof zum weißen Roß. Referent: Parteisekretär Genosse Johann Schöning.

Dienstag, den 18. Mai, abends 1/8 Uhr

In D.-Gohlis im Schillerlöschchen. Referent: Genosse E. Schrörs.
In Böhlitz-Chrenberg in der Großen Eiche. Referent: Genosse August Böhle.

Mittwoch, den 19. Mai, abends 1/8 Uhr

In Baalsdorf im Gasthof Referent: Stadtrat Alfred Dieze.
In Beucha in der Reichskrone Referent: Genosse Heinrich Flehner.
In Enthra im Reichsadler Referent: Volkskammermitglied Genosse Artur Dennyhardt.
In Seebenisch im Gasthof Referent: Genosse Artur Dieberach.
In Thekla im Gasthof Referent: Genosse Schilling.
In Hänichen im Gasthof Referent: Genosse Alfred Kirschmar.

Thema in allen Versammlungen:

1. Die Bedeutung der kommenden Reichstagswahl.
2. Freie Aussprache.

Zahlreichen Besuch erwartet Der Hauptvorstand.

U. S. P. D. Gross-Leipzig.

Alt-Leipzig, Nordbezirk. Dienstag, 18. Mai 1920, abends 1/8 Uhr. **Elternversammlung** der 22. Volksschule im Saale der 1. Fortbildungsschule, Köhlerstraße. Tagesordn.: 1. Aus dem Schulleben. Referent: Herr Oberlehrer Pönitz. 2. Vorbereitung der Wahl eines Elternrates. Referent: Herr Schloff. Die Genossen werden ersucht, sich recht zahlreich daran zu beteiligen. Die Bezirksvertrauensleute.

Alt-Leipzig, Bezirk Westen II. Das Lokal Wahlkomitees befindet sich bei Appenfelder, Boniatowskistraße. Alle Genossen, welche sich an der Wahlarbeit beteiligen, treffen sich dort Dienstag, abends 7 Uhr. Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Vertrauensmann.

Sommerfeld-Engelsdorf-Baalsdorf. Dienstag, den 18. Mai, abends 8 Uhr. **Funktionär-Sitzung** im Böhmerwald.

Familien-Nachrichten

Für die uns anlässlich unserer **Silbernen Hochzeit** dargebrachten Glückwünsche und zahlreichen Geschenke sagen wir allen hierdurch unsern herzlichsten Dank.
Leipzig, Kochstraße 15
Otto Naumann u. Frau, Restaurant Sudermannshaus.

Ein teures Mutterherz hat aufgehört zu schlagen!
Nach schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden entschlief am Sonnabendnachmittag, jedoch noch lebend und unerwartet, unsere herzensgute treuergebene Mutter, Schwiegermutter und liebe Großmutter, Frau

Emilie verw. Häring
geb. Scheller
im 65. Lebensjahre.
In größtem Schmerze
P.-Möckau, Döringstraße 4, II., d. 16. Mai 1920
Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 1/2 3 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Widlich und unerwartet verschied gestern der Glaser
Clemens Haubold.
Der Verstorbene war bei uns 36 Jahre an unserer vollsten Zufriedenheit beschäftigt gewesen und gehörte zu dem ältesten Stamm unsres Unternehmens. Sein Fleiß, seine Pflichttreue und sein lauterer Charakter wurden insbesondere von uns geschätzt, so daß wir in ihm einen Arbeiter verlieren, dem wir jederzeit ein treues Andenken bewahren werden.
Der Vorstand
der Kunststalt B. Grosz A.-G.
B. Grosz. H. Grosz.

Metallarbeiter

Verband Die Bibliothek steht allen Metallarbeitern unentgeltlich zur Verfügung und können Bücher während der Wurauszeit entliehen werden. Antragsbedingungen müssen gegen Einreichung des Verbandsbuches innerhalb drei Tagen erfolgen.

Bautlempner. Dienstag, den 18. Mai, nachmittags 5 Uhr, im Volkshaus **Branchenvorversammlung.** Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu unsern Lohnforderungen. 2. Verschiedenes. Erscheinen ist Pflicht. Die Brancheneitung.

Graveure. Dienstag, den 18. Mai, nachmittags 4 Uhr, im Volkshaus, Mittelstraße, **Versammlung.** Vortrag: Unsere wirtschaftliche Lage. Referent: Kollege Kreisel. Die Brancheneitung.

Zentralverband der Fleischer

Ortsverwaltung Leipzig :: Bureau: Gerberstraße 1, II.
Mittwoch, den 19. Mai, abends 7 Uhr

Mitgliederversammlung im Volkshaus
Tagesordnung:
Die bevorstehenden Reichstagswahlen.
Referent: E. Krahnert, Mitglied der Volkstammer.
Bericht über die Lohnbewegung.
Zahlreicher Besuch erwünscht Der Vorstand.

K. P. D.

Mittwoch, den 19. Mai, abends 7 Uhr

Öffentl. Versammlung
in den Drei Willen, Reudnitz, Kohlgrabenstr.

Tagesordnung:
Was geschieht gegen Sowjet-Rußland

Referent: Genosse Heinrich Brandler, Chemnitz.
Arbeiter, Arbeiterinnen! Räte-Rußlands Schicksal ist Euer Geschick. Was gegen Rußlands Proletariat geschieht, geschieht gegen Euch, das bedroht die Revolution. Befindet in Massen Euren Willen, bei Sowjet-Rußland zu stehen. Macht der Generevolution bereit!
Hände weg von Sowjet-Rußland!
Kommunist. Partei Deutschlands (Spartakusbund)
Ortsgruppe Leipzig

Mödern Dienstag, 18. Mai, abends 7 Uhr. **Öffentliche Versammlung** im Goldenen Anker. Tagesordnung: Die Kommunistische Partei und die Reichstagswahlen. Referent: Genosse H. Eberlein, Berlin. Kommunist. Partei Deutschlands (Spartakusbund) Ortsgruppe Leipzig

Reparaturen an Uhren jed. Art nur streng solide Ausführung u. unt. Garant. bei **Gustav Kaniss** Uhrmach., Tauchaer Str. 8.

Tapeten

No. 1.-, 1.50, 2.- an **Rich. Körner** Ellsenstr. 54, Ecke Südmerkt.

Kautabak

nahe rein überseeischer Tabak, gebeit nach Nordb. Art, off. 50 Koll. 52.50 Wkt., 100 Koll. 100 Wkt. Porto u. Versand extra. Versand unt. Nachn. F. A. Hoffmann, Teutschenthal Prov. Sa.

Gegen Würmer

hat sich **Wurmfeind** als Abwehrmittel für Erw. und Kinder vorzüglich bewährt. Nur echt **König-Salomo**, Apotheke, Leipzig.

la Schweinefett per 25.50
la geräuch. Speck per 26.00
la gesalz. Speck per 25.00
la Rindertalg per 24.50
verf. nur kurze Zeit Fleischerzeit Elmort, Lind., Sudmerktstr. 20.

Wende-Arbeiten

Durch bedeutende Vergrößerung unserer Konfektions-Werkstuben sind wir in der Lage, Wende- und Umänderungs-Arbeiten aller Art sehr schnell vorzunehmen.

H. Hollenkamp & Co
LEIPZIG
Brühl Nr. 28-32 - Ecke Reichsstraße
Erstes Herrenbekleidungshaus

L.-Ost.

Dienstag, den 18. Mai, abends 1/8 Uhr

Öffentl. Volksversammlung
im Schützenhaus, Sellaerhausen.

Tagesordnung:
Die Kampfmittel des Proletariats.
Referent: Gen. Fritz Seger.

Freie Aussprache.
Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand des Ortsvereins L.-Ost.

Mittwoch, den 19. Mai 1920, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Café (Mitte)

Öffentliche Beamten-Versammlung

aller auf dem Boden der U. S. P. D. stehenden Reichs-, Staats- und Gemeinde-Beamten.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Stadtverordneten Genossen Krug über Valuta und Wirtschaftstragen. 2. Verschiedenes.
Zahlreichen Besuch erwartet Der Hauptvorstand Groß-Leipzig U. S. P. D.

An die arbeitende Jugend!

Mittwoch, den 19. Mai, abends 1/8 Uhr, im Volkshaus
Rundgebung für Sowjet-Rußland.
Erscheint in Massen!

Widerruf!

Zu der Notiz in Nummer 83 vom Sonnabend, den 15. Mai 1920, nach der sich in meinem Lokal ein **Werbebüro der 1. Garde-Landeschützenabteilung** befindet, teile ich hierdurch mit, daß dies nicht der Wahrheit entspricht, und ich mein Lokal zu solchen Zwecken niemals preisgeben würde.
Dochachtungsvoll **Emma verw. Lischke, Teubnerstraße 1.**

Bauverein zur Beschaffung preiswerter Wohnungen in Leipzig. E. G. m. b. H.

Bermögen	Rechnungsabluß am 31. Dezember 1919	Schulden
235 Hausgrundstücke	11 981 503.72	Hypotheken auf 235 Hausgrundstücke
Vorhandenes Bauland	812 917.99	Hypotheken auf Bauland
Erbaurechts-Regal-Konto	55945.13	250 420.—
Strassen- und Schleusenherstellungen	103 777.28	4 879 698.64
Neubauten	562 491.95	Geschäftsanteile
Material	940.—	Schuldloshaus
Kasse-Konto	17 208.69	1 676 000.—
Wertpapiere	13 418.19	Sparungsgemäßer Reinerfonds
Bausparungen	261 724.40	76 748.75
Beteiligungen	3 719 672.40	Sonstige Rücklagen
Sonstige Guthaben	12 100.—	9 615.95
	14 853.—	Sonstige Schulden
	17 555 952.75	598 894.66
		Ueberschuß
		42 857.98
		17 555 952.75
Bestand am 31. Dezember 1918:	4345 Mitglieder	
Eingetreten	662 Mitglieder	
Ausgetreten	135 Mitglieder	
Bestand am 31. Dezember 1919:	4872 Mitglieder	
Die Kassennote betrug am 31. Dezember 1918:	Wkt. 1 370 400.—	
Erhöhte sich um	Wkt. 205 200.—	
Betrag am 31. Dezember 1919	Wkt. 1 575 600.—	
Das Geschäftsguthaben betrug am 31. Dezember 1918:	Wkt. 1 142 116.—	
Erhöhte sich 1919 um	Wkt. 222 014.—	
Betrag am 31. Dezember 1919	Wkt. 1 364 130.—	

Rindleder-Coupekkoffer



Desgleichen in deutscher Färb. Größte Auswahl. Nur eigene beste Fabrikate. **Billigste Preise**
Karl Blaich Windmühlenstraße 32
Tauchaer Straße 16.
Spezialfabrik für Koffer, Taschen, Schul- und Reiseartikel und div. ff. Lederwaren.

Das gute Niebeck Bier

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 17. Mai.

Parteiangelegenheiten.

Warnung, Schwindler!

1. Gegenwärtig macht ein „Genosse“ Fister die Kunde durch die Organisationsorte. Es ist ihm auch gelungen, namhafte Beträge zu erschleichen. Er wird versuchen, seinen Raubzug weiter fortzusetzen. Es sei daher vor ihm gewarnt.

Redner-Vereinigung.

Dienstag, den 18. Mai, abends 7 Uhr. Zusammenkunft der Redner-Vereinigung im Volkshaus, Nebenraum links. Pünktlich erscheinen.

Ortsverein Alt-Leipzig. Genossinnen und Genossen des Nordbezirks. Morgen Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, Elternversammlung in der 1. Fortbildungsschule, Löhrstraße 28.

Bezirk Zentrum (Alt-Leipzig). Lokalwahlkomitee, Gruppenleiter, Agitationskommission, sowie alle Wahlbesitzer treffen sich morgen Dienstag, den 18. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant Apfelbaum, Burgstraße 7.

Alle Genossen von Neustadt und Neuschönefeld, die sich haben in die Einwohnerwehren einschreiben lassen, und diejenigen, die sich noch einschreiben lassen wollen, werden zu einer Sitzung am Mittwoch, den 19. Mai, abends 7 Uhr, im Sophienhöfchen, Konradstraße 18, eingeladen.

Alt-Bezirk. Donnerstag, den 20. Mai, abends 7 Uhr, im Gasthof Thonberg, Reichenhainer Str. 148. Erscheinen aller notwendig.

Deutsh. Alle Genossen und Genossinnen, die sich an der Wahlarbeit zur Reichstagswahl beteiligen wollen, treffen sich Dienstag, den 18. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Alten Gasthof, Lindenauer Straße.

Zwenkau. Dienstag, den 18. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Rest. Hanke Funktionärerversammlung der Partei und Gewerkschaften, sowie der Betriebsobleute.

Der Frauentag in Leipzig.

Als ein vorzüglichster Auftakt zu der bevorstehenden Reichstagswahl stellt sich der am Sonntag von der W.P. veranstaltete Frauentag in Leipzig dar. Der außerordentlich gute Besuch der Versammlung ließ erkennen, daß sich in immer weiteren Reihen des weiblichen Proletariats die Erkenntnis Bahn bricht, daß es nur der Sozialismus sein kann, der die Frauen aus ihrer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Knechtschaft befreit.

notwendig, soziale Verbesserungen zu schaffen. Genossin Zieg kommt damit auf die Parlamentarität zu sprechen. Sie betont, daß trotz der Frauen im Parlament fast nichts wesentliches in bezug auf Mutter-, Kinder- und Arbeiterinnenfrage erreicht worden sei.

Genossin Zieg schildert das Elend der unehelichen Kinder, Mütter und der Proletarierinnen überhaupt. Sie weist nach, wie noch immer eine rechtliche Ungleichheit zwischen Mann und Frau besteht, wie das Bürgerliche Gesetzbuch noch immer existiert, das die Frauen zu Staatsbürgern zweiten Ranges stempelt.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Witten im schweren entscheidenden Ringen zwischen Kapitalismus und Sozialismus entfalten sich die Frauen und Mädchen Deutschlands zum diesjährigen Frauentag. In diesem Kampfe werden von Seiten der kapitalistisch-bürgerlichen Regierung alle Machtmittel des gewalttätigen preussischen Militarismus gegen das revolutionäre Proletariat in Anwendung gebracht.

Ratsbeschlüsse.

Staatsbeihilfe für das Kunstgewerbemuseum. Man nahm mit Dank Kenntnis davon, daß das Wirtschaftsministerium dem Kunstgewerbemuseum für das 1. Vierteljahr 1920 eine Staatsbeihilfe von 3000 Mk., sowie im Hinblick auf die Zeitverhältnisse eine außerordentliche Beihilfe von 2000 Mk. und für das Rechnungsjahr 1920/21 eine Staatsbeihilfe von 12 000 Mk. und eine außerordentliche Beihilfe von 8000 Mk. bewilligt hat.

Die Schulkinderhallen für Versammlungen. Dem Ersuchen der Stadtverordneten, die städtischen Schulkinderhallen und sonstiger der Stadt gehörigen Säle, soweit sie zur Abhaltung von Versammlungen geeignet sind, zur Abhaltung von Versammlungen freizugeben, beschloß man, bezüglich der Schulkinderhallen grundsätzlich statzugeben.

Erhöhung der Einäschungs- und Grabpflegegebühren. Den Beschlüssen der Stadtverordneten zu den Vorfagen über die Erhöhung der Einäschungsgebühren und der Grabpflegegebühren beigetreten.

Erhöhung der Verpflegung in den städtischen Krankenhäusern. Um in den städtischen Krankenhäusern die Verpflegung den außerordentlich gestiegenen Kosten für Nahrung und Verpflegung der Kranken einigermaßen anzupassen, wurden die Verpflegungswerte erhöht.

Den Hebammen wurde die vom Räte bereits früher beantragte Beschaffung von Beihilfe dem Ersuchen der Stadtverordneten entsprechend bewilligt.

Justiz und Arbeiter.

In der Rapp-Woche, als das Leipziger Militär eine sehr zweifelhafte Haltung einnahm, wurden, wie man uns schreibt, auf dem Schlachthof zwei Kinder geschachtet für die Kostentruppen; sie sollten zum Abtransport kommen.

Leipziger Lehrerschaft und Religionsunterricht.

Um die Stellung der sächsischen Lehrerschaft zum Religionsunterricht in der Volksschule einwandfrei festzustellen, hat der Vorstand des Sächsischen Lehrervereins eine Umfrage unter den Mitgliedern veranstaltet.

Die erste lautet: Sind Sie bereit, einen Religionsunterricht in Uebereinstimmung mit den Grundgedanken der betreffenden Religionsgesellschaft, das heißt also einen konfessionellen Religionsunterricht unter Aufsicht oder Mitwirkung der Kirche in irgendeiner Form zu erteilen?

Die zweite Frage lautet: Sind Sie bereit, einen religionsgeschichtlichen Unterricht, der das religiöse Kulturgut in anschaulicher Form vermittelt, und einen Unterricht, der — beispielsweise nach Art des veröffentlichten Stoffplans — die Erziehung zur sittlichen Persönlichkeit fördert, zu erteilen?

Der Jahrmarkt des Lebens.

Ein Roman ohne Helden von William Makepeace Thackeray.

„Wohlfühlig er ist!“, sagte Frau O'Dowd, „und das ist das Beste, was er auf dem marche aux fleurs gekauft hat!“

Nach dem Ende des ersten Aktes verließ Georg seine Loge angeblich, um Rebekka in der ihrigen zu besuchen.

„Sie haben doch meine Anweisung auf den Agenten in Ordnung gefunden?“ fragte Georg mit schauerlicher Miene.

„Noch nicht!“, sagte Georg, „aber er wird. Und Sie wissen, daß ich von meiner Mutter her etwas Vermögen habe.“

„Sie hat mir zwanzig Pfund geschickt. Der verdammte alte Darpax. Wann werden wir uns treffen? Der General ist nächsten Dienstag eingeladen.“

Georg war nicht sonderlich erfreut, gerade an dem Tage zum Essen geladen zu werden, wo der General nicht da sein würde.

„Guten!“, rief ein helles Stimmchen, und unser Freund sah sich in Rebekkas Gegenwart, die so erregt war, ihn zu sehen, daß sie aufsprang, in die Hände klatschte und beide dem neuen Ankömmling

hinhieß. Der General starrte Osborne mit finsternen Blicken an, als wollte er fragen: „Wer zum Teufel bist du?“

„Mein teurer Kapitän Georg“, rief Osborne entsetzt, „wie gut ist es, daß Sie kommen, der General und ich langweilen uns in unserm Teufels-Tanz fast zu Tode.“

„In der Tat“, erwiderte der General mit einer sehr leichten Berührung, „bei welchem Regiment ist Kapitän Georg?“

„Vor kurzem erst aus Weindien zurückgekommen, meine ich. Den letzten Krieg mitgemacht. Hier in Quartier, Kapitän Georg?“

„Kapitän Osborne, wirklich! Mit den Osbornes in Verbindung?“

„Wir führen dasselbe Wappen“, sagte Georg, wie es in der Tat der Fall war, da Herr Osborne vor fünfzehn Jahren, als er seine Wagen anschaffte, einen Oxaliditer in Longacre zurate gezogen und dieses Wappen gewählt hatte.“

„Dies verdoppelte ihre Verdächtigkeiten. Was macht meine liebe Amalie? Aber ich brauche nicht zu fragen; wie hübsch sie aussieht! Und wer ist das nette, gutmütig aussehende Geschöpf neben ihr — eine Platte von Jähnen?“

„Soll ich gehen und Ihnen welches holen?“ sagte der General, den der Jörn fast erstickte.

„Lassen Sie mich sehen, ich bitte Sie“, sagte Georg.

„Mein, ich will in Amalies Loge gehen, das liebe alte Kind! Geben Sie mir Ihren Arm, Kapitän Georg,“ und mit diesen Worten und einem Kopfnicken gegen den General verließ sie die Loge.

merkte denselben jedoch nicht, sondern dachte an seine eignen Pläne und war in Erinnerung seiner unwiderstehlichen Siegermacht versunken.

Die leisen Flüche, in die der General ausbrach, sobald ihn Rebekka mit ihrem Erreber verlassen hatte, waren so entsetzlich, daß sie überzeugt ihn, kein Zeiger in der Dürkerlei würde sie in den Hinterhofen nehmen, wenn sie es auch wollte.

„(Fortsetzung folgt.)“

Kleine Chronik.

Vollstübchen (Bl. 1. Teil). Anfangs mochte man fürchten, es würde dem nur andeutenden Stille dieser Inszenierung nicht gelingen, die altgewohnten Bilder vergessen zu machen, zumal auch noch die Beleuchtung nicht recht klappen wollte.

Arbeitslosenversammlung.

In der Arbeitslosenversammlung, die am Mittwoch im Volkshaus tagte, erstattete der Vorsitzende Grunert den Bericht. Es wurde darin hingewiesen auf die im Zusammenarbeiten mit den übrigen Arbeitslosenratern erreichten, wenn auch gänzlich unzureichenden Erhebungen der Unterstützung, auf die mit den Arbeitenden verknüpfte Verbindung, besonders die mit dem Bornaer Bergarbeiter geübten Verhandlungen, auf die seinerzeit herausgegebenen Plakate und die Begleittumstände, die Beschaffung von Bekleidungsgegenständen usw. Aufmerksam gemacht wurden die Arbeitslosen weiterhin darauf, daß das Arbeitsprogramm, auf das der Arbeitslosenrat seinerzeit sich verpflichtet mußte, inzwischen von einer Reichskonferenz als richtunggebend für alle Arbeitslosenratern angenommen worden ist. Eingehend besprach der Berichterstatter die neueste Gesetzesverordnung über Erwerbslosenfürsorge, ihre reaktionären Paragraphen und die noch rüchtländere Auslegung sowie das geplante Arbeitslosenversicherungs-gesetz. In der Diskussion wurden verschiedene Anträge eingebracht und angenommen. Unter anderem wurde von den Arbeitenden gefordert, binnen 14 Tagen zu erklären, ob sie bereit sind, mit allen Kräften dafür zu sorgen, daß Arbeitslose in den Betrieben, bei Einführung von Schichten, untergebracht werden. Einstimmige Annahme fand auch folgende, beifällig aufgenommene Resolution: „Die deutsche Regierung gewährt den Würdigen der russischen Proletarier Schutz und Spätrn auf deutschem Boden. Unter den Augen der deutschen Arbeiterchaft werden in Berlin die letzten Vorbereitungen getroffen, um eine neue Offensive gegen Käte-ruland zu bringen und alle konterrevolutionären Hüh-hunde auf Käte-ruland loszulassen. Der Schlag, der gegen Ruß-land geführt wird, ist gegen die Revolution überhaupt gerichtet. Fällt Sowjetrußland, so hat die internationale Konterrevolution freie Bahn. Die deutsche Arbeiterchaft führt den Kampf zu-gunsten Sowjetrußlands dadurch, daß sie den Kampf gegen die konterrevolutionäre Koalitionregierung in Deutschland mit allen Mitteln aufnimmt. Es lebe Käte-ruland! Es lebe die Welt-revolution!“ Die Wahl ergab Wiederwahl von 13 Genossen des alten Rats und die Neuwahl von drei Genossen. Das beabsichtigte Referat: Die Aufgaben der Arbeitslosen konnte nicht entgegen-genommen werden, da der Referent nicht anwesend war. Nachträglich wurde bekannt, daß man ihn verhaftet hätte.

Eine Sitzung der Stadtverordneten findet am Mittwoch, dem 19. Mai, abends 8 Uhr, statt. Das Kollegium wird unter anderem beraten über die weitere Erhöhung des Räumungsstarfs der Düngereport-Aktiengesellschaft, über die Bemessung der städtischen Baukostenzuschüsse für Wohnungsneubauten, über eine Ein-gabe wegen des Steinschleiflohns.

Arbeiterbildungsinstitut. Die Vorstellung am Dienstag im Alten Theater beginnt um 7 Uhr.

Wie sich Zeitschriftliche in Betrieben verhalten. In einer Be-triebsoberfassung der Stempelfabrik Oskar Sperling, Brommestraße 1, wurde das Anbringen der Arbeiter durch den Vorkontrollanten, Herrn Wilhelm Münzner (Zeitschriftlicher), Sohn des Direktors der Leipziger Neuesten Nachrichten, Herrn Oskar Münzner, wohnhaft in Leipzig, Körnerplatz 8, II. r., zur Sprache gebracht. Ebenso wurde das Vorgehen des Buchhalters Leu-pold, wohnhaft Sidonienstraße, der ebenfalls Zeitschriftlicher ist, erörtert. Als die Anweisungen dem Leupold zu Ohren kamen, überstieß er den Kritiker, einen über 60 Jahre alten Mann, in Be-gleitung des Zeitschriftlichen Münzner in seinem Arbeitsraum während der Arbeit. Dabei war den Zeitschriftlichen auf Ver-anlassung des Betriebsrates vom Chef verboten worden, ihre Ar-beitsstätte, das Kontor, zu verlassen und in die Fabrikräume zu gehen, um Zwischenfälle mit den Arbeitern zu vermeiden. Man stellte sich vor, daß zwei zwanzigjährige Burden einen 60jährigen Mann überfallen. Auf seine Hilferufe eilte ein Schlossergehilfe herbei, worauf die zwei Felden die Flucht nach dem Kontor er-griffen. Leupold trägt stets einen geladenen 8-Millimeter-Revolver bei sich. Münzner hat am 14. März, an jenem Blutsonntag, ein Maschinengewehr bedient.

Ueber die Arbeitslosen spricht am Dienstag, dem 18. Mai, abends 7 Uhr, in der 18. Volksschule in Leipzig-Sellerhausen Lehrer Erler. Der Vortrag ist zunächst für die Eltern bestimmt, deren Kinder die an der 18. Volksschule eingerichteten Arbeitsloshäuser besuchen. Es ist aber die Teilnahme allen gestattet, die sich für die Arbeitsloshäuser interessieren und ihre Ziele und ihre Arbeit kennen-lernen wollen.

Die Bundesversammlung der Freireligiösen Gemeinden Deutsch-lands fand in Leipzig in den Tagen vom 10. bis 15. Mai statt. Die Veranstaltungen begannen mit einem im Volkshaus abge-haltenen Begrüßungsabend. In der am nächsten Abend veranstal-teten öffentlichen Versammlung sprach Dr. Rippenderger über das Thema: Kirche und Schule im neuen Staat. Am Donnerstagmor-mittag fand zur Erinnerung an die vor 75 Jahren erfolgte Grün-dung der Leipziger Freireligiösen Gemeinde eine künstlerische Morgenfeier statt. Den sachlichen Beratungen waren zwei Tage gewidmet. Von den Beschlüssen ist als der wichtigste, die Dezentra-lisierung angehende, eine möglichst innige Arbeitsgemeinschaft zwi-schen den einzelnen großen Freireligiösen Blöden zu schaffen, zu nennen. Die Verwirklichung dieses Beschlusses hat um so mehr Aussicht auf Erfolg, als die anwesenden Vertreter der verschiedenen Blöde ihn freudig begrüßten. Zur Ermöglichung einer strafferen Zusammenfassung des freireligiösen Bundes soll die Schaffung

Wolff als Schilder; durch Waldow wurde dem Juchschütz eine to-mische Note gegeben, was ich, gerade in der hohen Gasse, für eine Vereinerung Schillers halte. Im ganzen: die Stillierung Schillers ist heute auch deshalb nötig, um dem Bürgerium für seinen Klassiker überhaupt noch Interesse aufzuwecken, und sie ist eben deshalb für uns andres nicht nötig; aber wenn diese Stillierung in so monumentaler Weise erfolgt, kann uns Schiller nur um so lieber werden. Die Volksbühne, deren Art und Wert sich sofort bei Beginn bedeutsam offenbarte, hat wieder Großes geleistet.

Das Frühjahrskonzert der vereinigten Männerchöre L. Thon-berg-Südlich und L. West unter Leitung von Paul Michael darf als eine der wenigen musikalischen Veranstaltungen derartigen Stils an-gesehen werden, in denen das künstlerische Programm mit den tat-sächlichen Leistungen der Ausführenden harmonisiert. Es kommt beim Chorgesang (unter Voraussetzung guter Stimmkräfte) in dem gleichen Maße wie beim Einzelgesang auf das Einfühlungsvermögen und die richtige Gestaltung an. Das Gelbes bei diesen Männerchören vor-handen ist, bewiesener die Balladen von S. Jölnner und S. Gutner. Ebenso gewannen die scherzhaften Kompositionen von Oskar von Burel erst dadurch Leben und Gestalt, daß man gerade bei diesen Liedern sehr nachstrebende, künstlich aufgetriebene Effekte vermied und die Musik für sich sprechen ließ. Der Erfolg ergab sich so von selbst. Unter den Vorträgen für Violine (Walter Davison) und Klavier (Fritz Weigmann) gefielen besonders das Menuett, die Musette und der Marsch, ältere Notokompositionen von Anna Magdalena Bach, durchweg kleinere Ländchen, die jedoch ihren ganz besonderen Reiz gewinnen durch die außerordentliche Frische, mit der die Motive angepaßt und durchgeführt sind. — Man möchte wünschen, daß dem außerordentlich gut gelungenen Frühjahrskonzert noch Nachfolger in Gestalt von Sommerkonzerten beschieden wären!

Veranstaltungen der Woche. An Würde und innerem Gehalte stand an weitaus erster Stelle die Morgenfeier der Frei-religiösen Gemeinde in der Albrechtstraße am Donnerstag. Während die Kräftigsten Seelen pflichtgemäß gen Himmel flüchten, bereitete diese Feier jedem Schönheit- und Wahrheitsluster einen solch reinen Genuss, daß er gar kein Bedürfnis mehr zu haben braucht, dies „leibliche Jammermal“ zu verlassen. Von den Chören, die der Männerchor Leipzig-West mit bewährtem Können vorzut-rugte, am unmittelbarsten das Kampfbild „Lied Hölens“ des Ar-beiterkomponisten Uffmann mit seinem frohen Schlußvers. Herr

eines Bundessekretariats erwogen werden. Weitere wichtige, die Jugendberufung betreffende Fragen wurden zur Bearbeitung dem neuen Bundesvorstand überwiesen. Es wird den Gemeinden em-pfohlen: 1. Erwerbung der Rechtsfähigkeit, Eintragung ins Be-reinsregister. 2. Korporationsrecht, Gleichberechtigung mit der Kirche. Artikel 137/30 der Reichsverfassung. 3. Erleichterung der Befreiung der Kleinen vom konfessionellen Religionsunterricht. 4. Unterstützung des freireligiösen Jugendunterrichts aus kommunalen und staatlichen Mitteln. 5. Die Förderung freireligiöser ober weltlicher Schulen, wo die Vorbedingungen zahlenmäßig ge-genen sind.

Elternabende. 41. Volksschule: Dienstag, den 18. Mai, abends 7 Uhr, im Schulaale, Hiltnerstraße 7: Wahl des Eltern-rates. — 44. Volksschule: Dienstag, den 18. Mai, abends 7 Uhr, im Schulaale: 1. Berufsberatung (Lehrer Riedel); 2. Ueber Elternräte (Lehrer Hefer). Anschließend Wahl eines vorbereitenden Ausschusses. — 45. Volksschule: Mittwoch, den 19. Mai, abends 6 Uhr, findet mit demselben Thema eine Elternversammlung statt.

Elternratswahlen. Bei der Elternratswahl in der 28. Volksschule (Schönbachstraße), die am Sonntag stattfand, wurden fünf Vertreter der U. S. P., ein Vertreter der S. P. D. und drei Ver-treter der unpolitischen (7) Liste gewählt. Bei der Wahl des Elternrates der 25. Volksschule (Auer, Martin-strasse) wurden sechs Vertreter der U. S. P. und drei Vertreter der „unpolitischen“ Liste gewählt. Die Wahlbeteiligung war äußerst lebhaft. Die Elternratswahl in der 42. Volksschule (Lindenan, Friesenstraße) brachte uns trotz schlechter Beteiligung (es haben nur circa 25 Prozent gewählt) einen schönen Erfolg. Von unserer Seite wurden acht Genossen und Genossinnen gewählt, und nur Herr Baumelster Zahn von der sogenannten unpolitischen Liste wurde mit gewählt. Die schlechte Wahlbeteiligung muß unseren Genossen, die in den Wahlvorständen mit tätig sind, zur Pflicht machen, für weitestehende Bekanntmachung der Wahlen Sorge zu tragen. Das Wahlergebnis der 24. Volksschule ist folgendes: U. S. P. 288 Stimmen (4 Sitze), S. P. D. 64 (1 Sitz), Verein christlicher Eltern 310 (4 Sitze), Gesamtergebnis 671 Stimmen.

Die Elternratswahl der 19. Volksschule fand am Sonnabend statt. Es wurden Stimmen abgegeben 697; davon erklärten die U. S. P. 467, die Bürgerlichen 226, ungültig 4 Stimmen.

Bei der Elternratswahl der 12. Volksschule (Heinrichstraße) wurden von der Liste der U. S. P. 5, von der Liste des „Vereins christlicher Eltern“ 4 Vertreter gewählt.

Elternabende. 6. Hlls. In der 35. und 36. Volksschule finden am Dienstag, abends 1/8 Uhr, Elternabende statt, in denen die Ausschüsse zur Vorbereitung der Wahlen gewählt werden. Die Ortsvereinsmitglieder werden zu zahlreichem Besuche aufgefordert.

Ein reaktionärer Schulleiter. Zu diesem Artikel in Nr. 81 unseres Blattes schreibt uns das Lehrerkollegium der 35. Volksschule: „Zu der erwähnten Elternversammlung, in der Herr Zeißler über den Stand des heutigen Elementarunterrichts sprach, waren nur die Eltern von Kindern der achten Klassen einge-laden, also nur ein kleiner Teil der gesamten Elternschaft. Dieser konnte sich naturgemäß nicht mit der Frage des Elternrates be-fassen, denn das ist doch eine Angelegenheit, die die gesamte Elternschaft angeht. Lediglich aus diesem Grunde ist der Antrag auf sofortige Wahl eines Ausschusses zur Vorbereitung der Eltern-ratswahl von Herrn Oberlehrer Schmidt zurückgewiesen und nicht zur geschäftlichen Behandlung gebracht worden. Wie vom Vor-sitzenden des Lehrerrates und von einem anderen Mitgliede des Lehrerkollegiums der 35. Volksschule in der Versammlung mitgeteilt wurde, war bereits ein allgemeiner Elternabend geplant, in dem die Frage des Elternrates mit behandelt werden sollte. Dieser Elternabend soll nun Dienstag, den 18. Mai, stattfinden. Im übrigen können wir nur erklären, daß Herr Oberlehrer Schmidt durchaus kein Reaktionsär ist, sondern sein ganzes Lehr-leben lang gegen Autokratie und Reaktion in der Schule ge-kämpft und dafür gekämpft hat.“

Zu diesem Artikel stehen die einzelnen Handlungen des Herrn Schmidt, die nicht bestritten werden, im schroffsten Gegensatz.

Rettungsgesellschaft zu Leipzig. Im April wurden 527 Un-fall- und Kranken Transporte und 1056 Hilfspflichtungen bei Unfällen und plötzlichen Erkrankungen von den Sanitätswachen erledigt. Straßeneingänge waren 142, Betriebsunfälle 342, innere plötzliche Erkrankungen 171. Geburtshilfe wurde in 4 Fällen geleistet. In 7 Fällen konnte nur der bereits eingetretene Tod festgestellt werden. In den übrigen 313 Fällen lagen Verletzungen vor, die sich im Haushalt usw. ereignet hatten. Besonders schwere Verletzungen (Knochenbrüche usw.) kamen 208 zur Behandlung.

Diebstahl. Aus einer Wohnung des Hauses Rathausstraße 10 sind am 8. Mai ein Anzug, zwei Hosen, ein Sommer-, ein Winter- und ein Militärmantel, acht Hemden, Uhr mit Kette, Holen-träger, 3 Taschentücher usw. gestohlen worden. Trotz polizeilicher Weibung ist es nicht gelungen, auch nur ein Stück zurückzuhalten. Der Dieb, ein etwa 25 Jahre alter Mann, ist gegen 1/12 Uhr vormittags mit der Garderobe über den Arm und den Militär-mantel über die Schulter geschlagen nach der Dresdner Straße gegangen. Die Garderobe und Wäsche waren gezeichnet mit P. G. Angaben werden entgegengenommen Rathausstraße 10, III.

Beise-Welt gestaltet vor allem den Goethischen „Prometheus“ mit revolutionärem Hener. Frau Pfeifer-Schmuyler's edles Organ kam in gut ausgewählten Liedern voll zur Entfaltung. Eine Ansprache des Preisrichters Schirre sowie Orchestralrunden die Feier würdig ab. — Von literarischen Veranstaltungen sei besonders des mo-bernen Klavierabends von Eduard Steuermann ge-dacht, den die Vereinigung für neue Kunst in dankenswerter Weise veranstaltete. Freilich, was man zu hören bekam, ob neuromantische Wucht (Debussy) oder die angeblich „expressivsten“ Töne eines Schöndorfer, kann vom proletarischen Standpunkte aus nur als Verfallsprodukt einer in der Auflösung begriffenen Kultur ge-wertet werden. Revolutionär ist eine Auflösung der Form nur dann, wenn neue Inhalte sie übergewaltig sprengen. — Ein Wo-hl-tätigkeitskonzert für die vertriebenen Elsaß-Bohringer war durch die dargebotenen künstlerischen Leistungen die zu-hörer allerdings eine Wohltat, während an der Zweckmäßigkeit solcher Gnadengeldente für die in Wahrheit Betroffenen Zweifel angeht werden müssen. Hermann Gura mit Loewenschen Balladen wie Anni Giese am Flügel boten reiche Leistungen. Herr Walde konnte in einigen lyrischen Liedern den Operentenor nicht recht ver-longen. Ein reiner Genuss war die Brahms'sche D-moll-Sonate, von Walter Davison äußerst vornehm und stilgerecht wiederge-gaben. — Prof. Gehhardt's Bunte Nachmittage für die Jugend verblenden als Kampfmittel gegen den Kinoshund Aner-kenning. Doch sind Veranstaltungen wie der Preisnachmittag am Sonntag allzu ausschließlich auf die Kinder der besitzenden Klasse zugeschnitten, die da in jungen Jahren schon zum Paraderen mit leichtverwobenen Kulturbüchlein angezogen werden, während der Proletarierjugend von der literarischen Gesellschaft nicht einmal die not-wendigsten Bildungsmittel zugelassen werden.

Leipziger Puppenspiele. Der Spielplan des Marionetten-theater im Neuplag-Hauptrestaurant vom 18. bis 24. Mai ist fol-gender: Täglich nachmittags 4 und abends 8 Uhr „Kaspars Reise nach Marokko“. Außerdem wird nochmals „Ein Tag in Sorrent“ vorgeführt.

Arbeiter-Bildungsinstitut. „Papa Kleiner's Puppen-spiele“: Heute abend Vorstellung für Erwachsene. Ab 17. d. M. macht sich eine Erhöhung der Eintrittspreise notwendig: es kostet dann eine Karte für Kinder 1 Mk. und für Erwachsene 1.50 Mk. Für Vereine und Schülen, die sich vorher auf unserer Geschäftsstelle oder an der Kasse anmelden, bleibt der Vorzugspreis (pro Kind 75 Pfg.) bestehen.

Sächliche Angelegenheiten.

Zum Wiederaufbau der sächlichen Landwirtschaft.

Der Volkskammer ist eine umfangreiche Denkschrift vom Wirtschaftsministerium zugegangen, die der Ausgestaltung der landwirtschaftlichen Versuchsanstalten, Errichtung von Beispielschulen, Errichtung einer Lehranstalt für Garten- und Obstbau und Errichtung einer Ver-suchs- und Beispielschule für das Wort redet. In der Denkschrift wird u. a. ausgeführt: Der Wiederaufbau der Landwirtschaft gehört zu den dringlichsten Aufgaben der Gegenwart und dies um so mehr, als eine Sicherstellung der Volksernährung die erste Vorbedingung ist, von der die Wiede-raufbau unseres zusammengebrochenen Wirtschaftslebens ab-hängt. Auf eine ausreichende Zufuhr von Lebens- und Futter-mitteln aus dem Auslande ist schon infolge unserer finanziellen Notlage bis auf weiteres nicht zu rechnen. Wir müssen deshalb mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln danach streben, die Erzeugung aus dem heimischen Boden zu steigern. Dabei würde es sich nicht nur um eine Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Schäden, sondern um eine allgemeine Hebung der Berufs- und Erziehung und eine wissenschaftliche Durchdringung und Erforschung der landwirtschaftlichen und gärtnerischen Arbeit handeln. Die Ergebnisse der Erforschung müssen den Landwirten auf möglichst kurzem Wege und in über-sichtlicher Anschauungsweise zugänglich gemacht werden. Vor allem müssen hierbei die mittleren und kleineren Landwirte, von denen 83 300 Quadratkilometer der gesamten landwirtschaftlichen An-baufläche Sachsens bewirtschaftet werden, Anregung und Be-lehrung empfangen. Hierzu ist die Einrichtung von Beispielschulen erforderlich. Zur Erfüllung der Forderung werden eingehende Versuche gemacht. Die landwirtschaftliche Versuchsanstalt Leipzig-Mädern erfordert für ihren Ausbau ansehnliche einmalige Aufwendungen. Für Neubauten usw. ist der Aufwand allein auf 240 000 Mk. geschätzt worden. Da die Erhaltung der von der Versuchsanstalt Mädern vorzunehmenden Bauarbeiten für Rechnung der Dr. Crustius-Stiftung erfolgt, fällt dieser Aufwand der Stiftung zur Last. Da ihr zur Zeit Mittel nicht zur Verfügung stehen, wird sie die Kosten zu den erforderlichen Bauten durch Aufnahme eines künftigen Vorschusses aus Staatsmitteln zu decken haben. Die Landstände der Lausitz stellen die von ihnen unterhaltene Versuchsanstalt sowie das Rittergut Pommeritz für die Zwecke der neuen Versuchsanstalt Pommeritz zur Verfügung. Sie sind auch bereit, die Ver-suchsanstalt, das neue Forschungsinstitut für Landarbeit, sowie das Rittergut Pommeritz auszugestalten. Um eine Beispielschule für Pflanzenbau usw. ins Leben rufen zu können, würde die Ueberlassung des Kammergutes Billig an das Wirtschaftsministerium Voraussetzung sein.

90 Millionen für die sächsische Landesversicherungsanstalt.

Die neugegründete Landesversicherungsanstalt in Sachsen erfor-dert im laufenden Jahr einen Gesamtaufwand von etwa 90 Mil-lionen Mark, wovon für Besoldung 10 1/2 Millionen Mark bean-sprucht werden. Die Kosten für Unterkunft, Bekleidung, Aus-rüstung usw. in Höhe von 24 Millionen Mark können als künstlich wegfallend bezeichnet werden. Zu den Ausgaben wird das Reich einen Beitrag von wenigstens vier Fünfteln der Gesamtkosten leisten.

So wird für eine Einrichtung, die bisher in der Hauptsache nichts weiter wie eine militärische Formation mit reaktionären Aufgaben war, wie insbesondere auch in den oben gezeigten Bei-spielen zu erkennen ist, trotz der Finanznot des Staates das Geld zum Fenster hinausgeworfen.

Generaldirektion der staatlichen Kohlenwerke in Sachsen.

Die Direktionen der staatlichen Braunkohlenwerke in Sachsen sollen zu einer Generaldirektion der staatlichen Kohlenwerke aus-gegliedert werden, wozu die Verwaltung einzellicher Grundstücke bei der Verwaltung und dem Betrieb der staatlichen Stein- und Braun-kohlenwerke. Die Einnahmen aus der Kohlenförderung der staat-lichen Werke werden im neuen Haushaltsplan auf 88,8 Millionen Mark geschätzt, die Ausgaben auf 31,5 Millionen Mark. Unter Berrechnung einiger Nebeneinnahmen erbringen die staatlichen Kohlenwerke einen Ueberschuß von 2,7 Millionen Mark, der aber infolge verschiedener Neuanlagen und Grundstücksverwertungen sich auf 0,78 Millionen Mark verringert.

Der Widerspruch des sächlichen Uebergangsschulgesetzes mit der Reichsverfassung vor dem Reichsgericht.

Demnach wird das Reichsgericht zum erstenmal über die Aus-legung der Reichsverfassung zu entscheiden haben. Das sächsische Uebergangsschulgesetz hatte bestimmt, daß Religionsunterricht in Sachsen nicht mehr erteilt werden solle. Die Reichsverfassung hat dagegen angeordnet, daß der Religionsunterricht Lehrgangsstand der Volksschule bleiben müsse, daß jedoch an der bestehenden Organi-sation nichts geändert werden solle. Der Reichsminister des Innern hat dem Reichsgericht die Frage zur Entscheidung überwies-n.

Entlassungen aus der sächlichen Reichswehr.

Beitritt wird mitgeteilt, daß infolge des Verlängens der Entente noch Entlassungen aus der Reichswehr vorgenom-men werden müssen, wenn diese auch nicht den Umfang anzuneh-men brauchen, wie in Preußen, da in Sachsen schon bisher die Höchstgrenze nicht überschritten worden sei.

Verbandstag sächlicher Konsumvereine.

Der Verband sächlicher Konsumvereine, als Organisation aller dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angehörien sächlichen Konsumvereine, hält am 16. und 17. Mai in Jittau seinen 52. Verbandstag ab.

Biehähmung in Sachsen.

Am 1. Juni 1920 findet laut Verordnung des sächlichen Wirt-schaftsministeriums eine Biehähmung statt. Es erstreckt sich auf Kinder, Schweine und Ziegen. Die Aufnahme erfolgt auch in be-zirksfreien Städten nur mittels Ortslisten. Mit der Biehähmung ist zugleich wieder eine Schätzung des durchschnittlichen Lebens-gewichts vorzunehmen.

Beflagsanwahrter Hölz-Film.

Die Dresdner Staatsanwaltschaft hat den Film: „Hölz, der Diktator des Vorkriegs“ in einem Dresdner Schauspielhaus be-flagsanwahrt, um an der Hand der Photographien die Mit-glieder der Hölz'schen Garde festzusetzen und sie ihrer verbrech-terischen Taten zu überführen.

Meerane. 15. Mai. Eine Gemeinnützige Bau- und Siedelungsgesellschaft m. b. H. ist gestern hier gegründet worden. Die Stadt tritt der Gesellschaft mit einem Kapital von 250 000 Mk. bei, weitere 250 000 Mk. wurden von Industriellen und Gewerbetreibenden gezeichnet, so daß also 500 000 Mk. zur Ver-fügung stehen. Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Beraubung von bebauten und unbebauten Grundstücken und von Erbbaurechten, die Ermietung und Vermietung von Häusern und Wohnungen, sowie die Beteiligung an allen Unternehmungen die auf die Behebung der Wohnungsnot und auf die Beschaffung von preiswerten und gesunden Wohnungen abzielen.

Schneeberg. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten fand ein Antrag der sozialdemokratischen Mehrheit auf Änderung der Ortsbezirks-Annahme, nach welchem künftig der Rat aus den Bürgermeistern, einem besoldeten Stadtrat und zwei unbesoldeten Ratsmitgliedern bestehen soll und entweder der Bürgermeister oder der besoldete Stadtrat ein Jurist sein muß. — Damit soll die Wäh-lbarkeit geschaffen werden, die ererbte Bürgermeisterei mit einem Richtjuristen zu versehen. In derselben Sitzung wurde beschlossen, daß

